

Politische Gefangene aus Action Directe, Frankreich

Dramatische Verschlechterung des Gesundheitszustandes



Am Dienstag, 16.3.2004, wurde Joelle Aubron an einem Gehirntumor im Krankenhaus Lille operiert, nachdem sie Anfang März in ihrer Zelle im Gefängnis

Bapaume bewusstlos zusammengebrochen war. Bis zu ihrer Einlieferung ins Krankenhaus am 6. März wurde ihr jeglicher Kontakt zu Anwälten und Angehörigen verwehrt. Dieser Gehirntumor ist nicht der Primärherd.

Bei Jean Marc Rouillan wurde bei einer Röntgenuntersuchung anlässlich seiner Verlegung von Arles nach Moulins zufällig ein Schatten auf der Lunge festgestellt.

Es dauerte drei Monate, bis eine Computertomographie zur genaueren Diagnose gemacht wurde. Es wurde bei Jean Marc Rouillan Lungenkrebs mit Befall der

Lymphbahnen diagnostiziert. Er wartete lange auf eine Verlegung ins Krankenhaus von Lyon zwecks weiteren Untersuchungen, u.a. damit eine Gewebeentnahme durchgeführt werden kann. Erst nach diesen weiteren Untersuchungen kann überhaupt eine Therapie festgelegt werden. Inzwischen ist er operiert worden.

Nathalie Menigon hat seit 1996 drei Schlaganfälle erlitten, unter deren Folgen



sie noch heute leidet. Nachdem ihr Antrag auf Haftentlassung im November 2003 von den Behörden abgelehnt wurde, war Nathalie Menigon im Februar diesen Jahres in einem zehntägigen Hungerstreik für ihre Haftentlassung und für eine adäquate medizinische Behandlung. Die Reaktion der



Gefängnisverwaltung fügte sich in die menschenverachtende Logik der Jahre ein, sie entzogen ihr sogar während des Hungerstreiks die für sie lebensnotwendigen blutverdün-

nenden Medikamente. Das Risiko eines weiteren Schlaganfalles wurde damit be-

Ulrike Meinhof

ausstellung vom 31.3. bis 9.5.2004

im pavillon am rosa-luxemburg-platz eröffnet am 31. märz, 20 uhr thomas kilpper, seine ausstellung mit der skulptur eines überlebensgroßen kopfes: ulrike meinhof.

unter verschiedenen namen spielte der rosa-luxemburg-platz seit fast 100 jahren unterschiedlichste rollen als bühne für politische auseinandersetzungen und monumente. zahlreiche demonstrationen der linken, etwa nach der ermordung von rosa luxemburg und karl liebnecht, aber auch bedrohlich inszenierte aufmärsche der nazis nahmen hier ihren ausgang.

1928 versuchte die kpd an der stelle des heutigen pavillons ein denkmal für lenin zu errichten. der damalige berliner senat lehnte das vorhaben jedoch ab. nur wenige jahre später errichteten dort stattdessen die nationalsozialisten das horst wessel-denkmal. seit einiger zeit wird nun versucht, mit einem kunstwerk ein denkzeichen für rosa luxemburg zu errichten.

mit ulrike meinhof will thomas kilpper die spezifische politisierung dieses ortes in die gegenwart verlängern, jedoch nicht ohne dabei neue brüche zu schaffen und die stilisierungen und klischierungen, die damit einhergehen, kritisch zu befragen. mit seiner skulptur bezieht er sich auch auf die gleich-

in der galerie meerrettich im glaspavillon an der volksbühne eröffnete am 31. märz 2004 um 20 uhr die ausstellung

ulrike meinhof

von thomas kilpper.

**öffnungszeiten: samstag 12-16 uhr (und nach tel. vereinbarung) bis 9.5.04
galerie meerrettich im glaspavillon an der volksbühne, rosa-luxemburg-platz 10178 berlin**

namige johann kresnik-inszenierung an der volksbühne von 1993.

ulrike meinhof steht wie kaum eine andere persönlichkeits der westdeutschen nachkriegslinken für einen langen weg der politischen auseinandersetzung mit den mächtigen dieses staates, auf dem sie sich von einer kritischen journalistin zu einer revolutionären untergrund-kämpferin radikalisierte. sie engagierte sich in den 50er jahren als studentin gegen die wiederbewaffnung und gegen die atomrüstung der brd, bevor sie über zehn jahre politische essays insbesondere in der zeitschrift 'konkret' veröffentlichte und schließlich, auf dem höhepunkt des us-kriegs gegen vietnam, 1970 selbst zur waffe griff und die rote armee fraktion mitbegründete.

1972, nach 2 jahren grossfahndung und al-

lenthalben plakatierung an jeder litfass-säule, wurde sie gefasst. die haft musste sie zeitweise in völlig menschenleeren trakten, isoliert von der außenwelt, verbringen. während des großen stammheim-prozesses saß sie mit andreas baader, gudrun ensslin und jan carl raspe auf der anklagebank. kurz nachdem sie vor gericht eine umfangreiche rede und anklage gegen das us-amerikanische „engagement“ in indochina vortrug, wurde sie am 9.mai 1976 tot in ihrer zelle aufgefunden. der staat hat es nicht geschafft, die widersprüche und begründeten zweifel an seiner selbstmordthese auszuräumen und die todesumstände lückenlos aufzuklären.

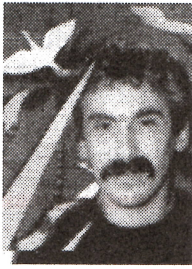
ulrike meinhof wäre dieses jahr 70 jahre alt geworden. nach ihrem tod wurde ihr gehirn ohne einwilligung der angehörigen entfernt und über ein viertel jahrhundert lang zu „wissenschaftlichen zwecken“ in labors deutscher universitäten aufbewahrt. bereits 1973 wollte die staatsanwaltschaft gegen den willen von ulrike meinhof einen op-eingriff in ihr gehirn vornehmen, der nur durch internationale öffentlichkeit und kritik verhindert werden konnte. die mediale aufbereitung des „gehirnraubes“ zeigt die wiederkehr dieses alten versuchs der pathologisierung von ulrike meinhof und damit die pathologisierung revolutionärer politik überhaupt. dagegen setzt der künstler die realität der werke, die ulrike meinhof selbst geschaffen hat, texte und briefe von 1960-76.

wusst in Kauf genommen.

Georges Cipriani musste über einen längeren Zeitraum in der Psychiatrie behandelt werden, nachdem die Haftbedingungen ihn psychisch und physisch zerstört hatten.

Joelle Aubron, Nathalie Menigon, Jean Marc Rouillan und Georges Cipriani sind Gefangene aus Action Directe (AD). Sie sind im Februar 1987 verhaftet und zu lebenslänglicher Haft - mit einer Mindesthaftzeit von 18 Jahren - verurteilt worden. Action Directe war eine Guerillaorganisation, die in den siebziger und achtziger Jahren den antiimperialistischen bewaffneten Kampf in Frankreich und in Zusammenarbeit mit der RAF in Westeuropa führte.

Insgesamt sitzen fünf Gefangene aus AD in verschiedenen Gefängnissen Frankreichs. Regis Schleicher wurde bereits 1984 verhaftet und zu lebenslänglich mit einer Mindeststrafe von 15 Jahren verurteilt. Mittlerweile sitzt er seit 20 Jahren im Gefängnis. Seit dem Herbst 2001 hat er drei Anträge auf Freilassung gestellt. Alle wurden abgelehnt. Einer der Haftrichter forderte Regis Schleicher schriftlich auf, sich u.a. von den Kämpfen der türkischen und palästinensischen Gefangenen zu distanzieren. Als er dieses ablehnte, sagte ihm der Richter ganz offen, dass er mit solch einer



Position niemals aus dem Gefängnis entlassen würde. Die wahren Hintergründe dieser lang andauernden Haft werden deutlich: Die Gefangenen werden nur entlassen, wenn sie abschwören. Ansonsten sollen sie im wahrsten Sinne im Gefängnis krepieren.

Seit ihrer Verhaftung hat der französische Staat verschärfte Isolationsbedingungen und Sonderhaftbedingungen an diesen Gefangenen angewendet. Es liegt ganz klar auf der Hand, diese Haftbedingungen zielen auf die völlige körperliche und psychische Vernichtung der Gefangenen, da keine/r der Gefangenen ihren/seinen politischen Überzeugungen abgeschworen hat. Ein Abschwören, um entlassen zu werden, kommt für diese Gefangenen überhaupt nicht in Frage, auch wenn sie unter diesen Haftbedingungen lebensbedrohlich erkrankt sind. Die Gefangenen haben in mehreren langen Hungerstreiks gegen Isolation und für politische Zusammenlegung gekämpft. Es dauerte zwölf Jahre, bis Joelle Aubron und Nathalie Menigon „normale“ Haftbedingungen erhielten.

Vier der fünf Gefangenen aus Action Directe sind mittlerweile so lebensbedrohlich erkrankt, dass eine Stabilisierung oder eine Verbesserung ihrer jeweiligen Situation nur außerhalb des Gefängnisses erreicht werden kann. Solange sie der französischen Justizverwaltung unterstellt sind, wird eine menschengerechte Behandlung der Gefangenen nicht möglich sein. Nach

dem sog. „Kouchner-Gesetz“ ist eine Haftentlassung aus Gesundheitsgründen auch vor Ablauf der Mindeststrafe von 18 Jahren möglich. So war am 26. März eine Anhörung über den dritten Antrag auf vorzeitige Haftentlassung von Nathalie Menigon - über den Antrag wird am 9. April entschieden.

Ein menschenwürdiger Umgang mit dieser sich weiter verschärfenden Gesamtsituation kann nur die sofortige Haftentlassung aller Gefangenen aus AD sein. Aus diesem Grund fand am 26. März um 18.00 Uhr in Paris vor der zentralen Gefängnisverwaltung eine Kundgebung mit ca. 200 Menschen statt.

Protestbriefe/Petitionen können an die beiden folgenden Adressen geschickt werden:

Zentrale Gefängnisverwaltung : Direction de l'administration pénitentiaire, 8-10, rue de Renard, F-75004 Paris
Justizministerium: Chancellerie, DACG, 13, place de Vendôme, F-75042 Paris Cedex 01

Falls die Situation der Gefangenen aus AD in absehbarer Zeit sich nicht verändert, ist geplant, am Freitag, 7. Mai, um 16.00 Uhr in Berlin vor der Französischen Botschaft, Kochstr. 6/7, eine Kundgebung durchzuführen.

Ariane Müller,
Kontakt: inti@inline.de

Vanunu bald frei

Voraussichtlich wird Mordechai Vanunu am 21. April nach 18 Jahren aus israelischer Haft entlassen. Zwischen 1976 und 1985 arbeitete Vanunu in der israelischen Atomanlage in Dimona, wo er entdeckte, dass Israel Atombomben heimlich produzierte. 1986 lieferte er der Londoner Zeitung Sunday Times Bilder und Fakten über Israels geheimen Atomwaffen.

Im September desselben Jahres wurde von US-amerikanischen Agenten des israelischen Geheimdiensts Mossad nach Rom gelockt, wo er entführt und heimlich nach Israel transportiert wurde. Er wurde wegen „Hochverrat“ und „Spionage“ zu 18 Jahren verurteilt. Jahrelang in völliger Isolation gehalten, mit nur sporadischem Besuch von seiner Familie oder seinem Anwalt.

Seit Jahren fürchtet die Regierung und der Geheimdienste und plant für den Tag, an dem Vanunu seine Haftstrafe verbüßt hat. Seit Anfang der Jahre wird die öffentliche Meinung sondiert. Es wurde zuerst behauptet, dass Vanunu nicht all seines Wissens über das Atomprogramm preisgegeben hat und dies nach seiner Freilassung tun könnte, besonders wenn er ins Ausland auswandern würde, wie er schon mehrmals angekündigt hat. Daher sollte es ihm verboten werden, das Land zu verlassen; er dürfte nur in einem bestimmten Gebiet leben, um sei-

ne Überwachung zu erleichtern; Kontakt mit den Medien wird verboten; er wird als Sicherheitsrisiko in Administrativhaft gehalten. Gründen für Administrativhaft sind halt Administrativgründen! Staatssicherheit, Gefängnissicherheit, Sicherheit der Gefangenen oder der Schließer oder sonst was. Diejenige, die die Administrativhaft verhängen, sind es auch, die entscheiden, wenn es sie nicht mehr gibt. Administrativhaft wird in Gefängnissen fast überall auf der Welt angewandt. In Israel und in den besetzten Gebieten fast ausschließlich gegen Palästinenser.

Als erstes meldeten sich die Hardliner zu Wort. In einem Interview mit der Zeitung Haaretz forderte Shabtai Shavit, der als damaliger Mossad-Chef die Entführung Vanunus verantwortet, die gesetzliche Knebelung Vanunus mit der Begründung, dass das, was Vanunu nicht weiß, Israel schaden könnte, „Was hielt ihn davon ab, Sachen zu erfinden?“ Nebenbei erwähnte er, dass der sich Mossad damals überlegt hatte, Vanunu umzubringen.

Gleichzeitig ließ die Regierung durchsickern, dass Yehiel Haruv, der oberste Sicherheitschef Israels, zusammen mit den Chefs der Geheimdienste Shin Bet und Mossad und einige Likud-Mini-

ster ernsthaft über Administrativhaft diskutieren. Haim Ben Ami, der damalige Chef der Shin Bet, der Vanunu auch verhört hat, sagt in einem Fernsehprogramm, es bestehe die Gefahr, dass Vanunu von Hizbollah oder einer anderen Organisation entführt werde und gezwungen werde, alles auszusagen. Es wird in mehreren Berichten davon gesprochen, dass Vanunu die Namen von Mitarbeitern in der Atomanlage verraten und sie in Gefahr bringen könnte. Vanunu selber hält diese Äußerung für Unfug. Erstens hat er nie Namen genannt und zweitens arbeitet er seit über 20 Jahren nicht mehr in Dimona. Damit meinte er, dass Leute wahrscheinlich verstorben sind, den Arbeitsplatz gewechselt oder aus irgendwelcher Grund weggezogen. Was er wahrscheinlich nicht weiß, ist, dass eine ganze Menge an Krebs infolge der Strahlung in der



**Sofortige Freilassung von
Gabriela Kanze!**

Seit 2 Jahren in Haft!

Am 15. März war der zweite Jahrestag der Verhaftung der Berlinerin Gabriela Kanze. Gabriela wurde aufgrund eines vom spanischen Staates ausgestellten internationalen Haftbefehls bei ihrer Einreise in die Schweiz verhaftet und nach knapp einem Jahr Auslieferungshaft am 10. Januar 2003 an die spanischen Behörden ausgeliefert. Seitdem sitzt sie im spanischen Staat, zunächst in Madrid, zur Zeit in Ávila im Gefängnis und wartet auf den Prozess vor dem Sondergericht „Audiencia Nacional“.

Gabriela war der „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“, eines ETA-Kommandos Barcelona, beschuldigt worden. Diese Anklage wurde nach ihrer Auslieferung aus der Schweiz in „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ umgewandelt.

Was ist der Hintergrund des Haftbefehls gegen Gabriela? Während ihres Aufenthaltes in Barcelona 1993 hatte sie einen Mietvertrag über eine Wohnung abgeschlossen.

Nachdem sie 1994 bereits wieder in Berlin lebte, wurden von einem Verhafteten Aussagen unter Folter gemacht, die zu dieser Wohnung führten. Gabriela wurde durch diese Aussagen nicht direkt belastet. Lediglich die Tatsache, dass sie den Mietvertrag unterschrieben hatte, führte zu dem Haftbefehl des spanischen Staates. Dieser trat dann das Verfahren an die BRD ab. Das Verfahren gegen sie wurde in der Bundesrepublik wegen Mangels an Beweisen eingestellt. Die Behauptung der spanischen Behörden, es seien Waffen und Sprengstoff in der Wohnung gefunden worden, konnte nicht aufrecht erhalten werden. Wegen „Unterstützung der terroristischen Vereinigung ETA“ konnte nicht ermittelt werden, da ETA in der BRD nicht als solche aufgeführt war.

Folteropfer diffamiert

Die unter Folter erpressten Aussagen werden durch das Antiterrorgesetz ermöglicht, welches erlaubt, Gefangene bis zu fünf Tage ohne jeden Kontakt nach außen, auch ohne anwaltlichen Beistand, auf Kommisariaten festzuhalten. Die Mehrzahl der Gefangenen, die unter diesem Antiterrorismusgesetz festgenommen wurde, hat von erlittenen körperlichen und psychischen Misshandlungen und Folter berichtet. Auch wenn die Gefangenen ihre Aussage später vor dem Haftrichter widerrufen und die Folter anzeigen, blieb dies bisher ohne Konsequenzen. Im Gegenteil, klagen die Fol-

teropfer gegen die Folterer, wird ihr Protest als einstudiertes Propagandamittel „baskischer Separatisten“ diffamiert, wie jüngst im Fall der Journalisten der baskischen Zeitung *egunkaria*.

Zurück zum konkreten Fall von Gabriela: Benjamin Ramos Vega, ihr Partner und späterer Ehemann, war 1995 von Deutschland wegen des Vorwurfs der Unterstützung desselben ETA-Kommandos an den spanischen Staat ausgeliefert worden. Das Bundesverfassungsgericht hatte entschieden, dass das Verfahren gegen ihn gerade noch rechtsstaatlich vertretbar sei. Auch in seinem Fall wurden unter Folter gemachte Aussagen herangezogen. Der Auflage der BRD, diese Aussagen in dem Verfahren nicht zu verwenden, wurde nicht voll entsprochen. Allerdings war Benjamin im gleichen Anklagepunkt, dessen auch Gabriela beschuldigt wird, die „Anmietung einer Wohnung für Mitglieder einer terroristischen Vereinigung“, freigesprochen worden. Wenn der spanische Staat also gegen Benjamin diesen Anklagepunkt nicht weiter aufrecht erhalten konnte, welche Grundlage gibt es dann dafür im Fall von Gabriela bei ähnlichem Sachverhalt?

Parallelen

Benjamin wurde unter anderem wegen Fälschung eines Autokennzeichens verurteilt, obwohl selbst Zeugen der Guardia Civil diese Beschuldigung widerlegten. Somit wurde er in einem Prozess, der aus den eben-

Anlage an Krebs krepieren sind.

Der Tiefschlag war ein Bericht der Zeitung Yedioth Ahronoth von Mitte Februar, in dem ein angeblicher ehemaliger Mitgefangener aussagte, er habe gehört, wie Vanunu sagte, er beabsichtige geheime Information zu veröffentlichen, sobald er frei ist. Außerdem habe Vanunu sich über palästinensischen Angriffe gegen Israel gefreut. Vanunu sagte: „Es ist alles gelogen.“

Am 24. Februar gab Ministerpräsident Sharon bekannt, dass Vanunu nicht in Administrativhaft kommen wird. Nicht weil er es nicht wollte, sondern weil das längerfristig nicht rechtlich durchsetzbar wäre. Stattdessen würden die Sicherheitsdienste „angemessene Maßnahmen“ anwenden, um Vanunu zu überwachen, „um zusätzliche Sicherheitsverletzungen zu vermeiden.“ In anderen Worten: totale Überwachung. Für Vanunu heißt das, raus aus dem kleinen Gefängnis, rein in das große!

Um dies zu umgehen, versucht er, die israelische Staatsbürgerschaft zurückzugeben, berichtete das Fernsehkanal Channel 2 Anfang April. Dies konnte Vanunus Familie nicht bestätigen, da sie ihn in den letzten Wochen nicht besuchen durfte.



18 Jahre Gefängnis 12 Jahre Einzelhaft

Aus einem Artikel von
Robert Fisk

„Eines ist sicher, Vanunu ist ein Mann mit Durchhaltevermögen. Ein einziges Mal während seiner zwölfjährigen Einzelhaft kam es vor, dass das Gefängnis ihn versehentlich zum Hofgang ließ, während arabische Häftlinge im Gefängnishof waren, die in ihre Zellen zurück sollten.

Vanunu ging sofort auf sie zu. Einer der Araber - ein Libanese, der in Haft saß, weil er Waffen in die Westbank geschmuggelt hatte -, zählt zu den ersten Außenstehenden, die die Welt über Vanunus Zustand informierten. „Vanunu verfiel in Gleichschritt mit uns, er lächelte uns an, und es dauerte eine Weile, bis uns klar wurde, wer er war“, so der freigelassene Libanese später zum Independent. „Er sagte, es sei gut, bei uns zu sein, und wir dachten, das ist ein tapferer Mann. Dann erkannten die Wächter ihren Fehler und drückten und schoben uns von ihm weg, zurück in unsere Zellen.“

Ein israelischer Journalist, der einen an-

deren Gefangenen besuchte, war erstaunt, als er plötzlich Vanunu sah: „Einen kurzen Moment erlebte ich eine ländliche Szenerie“, schrieb er, „wie aus einer anderen Realität: Ein heiter-gelassener Mann saß da auf einem Bänkchen im Garten und las Nietzsche auf Englisch. Ich ging auf ihn zu, streckte meine Hand aus. Ich freute mich, Sie zu treffen, mein Name ist Ronen, sagte ich. Ich bin Motti, antwortete der abgeschirmteste Gefangene des Staats Israel. Aber bevor wir weiterreden konnten, stürzten schreiende Wärter herbei und zertrümmten ihn fort.“ Auch ein ehemaliger Mitgefangener, Yossi Harush, kann uns einen kurzen Eindruck von dem eingesperrten Vanunu vermitteln - in der Zeit nach Ende der Einzelhaft. „Tagsüber“, so Harush zur (israelischen Tageszeitung) Yedioth Ahronoth, „bei seinen Spaziergängen trifft er Menschen und redet mit ihnen. Ich habe viel mit Vanunu gesprochen. Wir waren Freunde. Er kam in meine Zelle... Er hat gute Bedingungen. Er wird nett behandelt im Gefängnis... Er hat keine Restriktionen, die Zelle zu verlassen, aber im Gefängnis gibt es für ihn Restriktionen. Ich habe als arbeitender Gefangener selbst eine rote Linie auf den Boden gepinselt, die er nicht überschreiten darf. Es wurde mir befohlen. Danach kühlte unser Verhältnis ab.“

ZNet 26.3.2004

angeführten Sachverhalten in vielen Punkten jeder Rechtsgrundlage entbehrte, zu über 11 Jahren Gefängnis verurteilt. Erst durch eine starke Kampagne wurde er aufgrund seines lebensbedrohlichen Gesundheitszustandes im Juni 2001 vorübergehend freigelassen.

Inzwischen muss er trotz großer gesundheitlicher Probleme eine Reise von 1500 KM auf sich nehmen, um Gabriela zu besuchen. Wie alle Gefangenen im spanischen Staat, die in Zusammenhang mit politischen Delikten angeklagt oder verurteilt sind, ist sie in einem Gefängnis weit weg von ihren Angehörigen untergebracht. Diese Politik bedeutet für die Angehörigen eine weite, strapazierende, kostspielige und, die Unfallstatistiken betrachtend, gefährliche Reise auf sich nehmen zu müssen. Entsprechend der spanischen Gesetze, die das Recht der Unterbringung der Gefangenen in Heimatsnähe vorsehen, ist dies ein erneuter Verstoß gegen die eigene Rechtslage.

Seit mehr als einem Jahr befindet sich Gabriela nun in spanischen Gefängnissen, und ein Prozesstermin ist nicht in Sicht. Ein ähnlich gelagerter Fall ist der von Petra Elser. Auch sie war unter einer ähnlichen Anklage insgesamt drei Jahre inhaftiert, 19 Monate davon im spanischen Staat, und musste den Beginn „ihres“ Prozesses mit einer Verfassungsbeschwerde durchsetzen. Am Ende wurde sie freigesprochen. Petra Elser's Prozess wurde ebenfalls immer wieder verzögert, und am Ende erwiesen sich die Vorwürfe als haltlos.

Die Gesamthaftzeit von Gabriela beträgt nun bereits zwei Jahre und kann nach spanischem Recht um weitere zwei Jahre verlängert werden. Dabei wird die 9-monatige Auslieferungshaft in der Schweiz auf die U-Haft nicht angerechnet, was bedeutet, dass sie insgesamt fast 5 Jahre in U-Haft verbringen kann, ehe ein Verfahren eröffnet wird. Ihr selbst geht es nicht sehr gut, besonders die Ungewissheit und das Warten sind zermürbend.

Die Basis: Das Antiterrorgesetz

Die Repression gegen Gabriela isoliert zu betrachten, wäre eine Verkenntung der politischen Dimension. Im gesamten spanischen Staat wurde unter der PP-Regierung versucht, fundamentale Opposition einzuschüchtern und auszuschalten. Inszenierungen und Verfälschung von Tatsachen sowie hohe Verurteilungen bei dürftiger oder nicht vorhandener Beweislage sind an der Tagesordnung. Ebenso Einschüchterungsversuche durch Festnahme und Folter, wobei viele der Festgenommenen nach den 5-Tagen incomunicado-Haft ohne Anklage freigelassen werden. Das Antiterrorgesetz bietet dem Staat und seinen Organen dabei uneingeschränkte Möglichkeiten. Durch die Neufassung des Antiterrorgesetzes wurde zudem die vorher *illegal* praktizierte Verlängerung der U-Haft auf 4 Jahre (bei nur einmaliger Haftprüfung nach 2 Jahren !) *legalisiert*.

Davon sind alle fundamentaloppositionellen politischen Spektren betroffen und auch unter der neuen Regierung wird sich diesbezüglich nichts ändern. Schließlich ist es die jetzt wieder an die Regierung gewählte PSOE, die die Schaffung der Todeschwadronen GAL, die über 20 Menschen ermordete, politisch zu verantworten hat.

Die Anklagepunkte gegen Gabriela waren und sind die Fortführung einer Repression, die Exempel statuieren will. Diese Politik ist noch lange nicht am Ende und wird noch weiter verschärft werden, gerade jetzt unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung nach dem 11. 9.2001 und dem 11. März diesen Jahres.

Solidaritätsaktionen

Am 20. März machten wir eine Kundgebung vor dem deutschen Konsulat in Barcelona. Dazu kamen etwa 20 Leute. Des weiteren haben wir dem deutschen Konsul zwei Briefe überreicht, in denen wir die Situation von Gabriela darlegten und ihre Freilassung forderten.

Zur Unterstützung von Gabriela haben wir eine Postkartenaktion gestartet. Wenn ihr sie unterstützen wollt, schreibt ihr (deutsch oder spanisch):

*Gabriela Kanze • C.P. Brieua, mód. rojo
Apto.206 • 05194 Brieua (Ávila)*

**Sofortige Freilassung von Gabriela Kanze!
Abschaffung des Antiterrorgesetzes!
Weg mit dem Sondergericht „Audiencia Nacional“!**

*Angehörige und FreundInnen von
Gabriela Kanze
Barcelona, April 2004*

Repression gegen Gefangene

Seit 15. März: Hungerstreik in Albacete.

Forderung nach Aufhebung der Repressalien und Restriktionen

Seit dem 15. März befinden sich in Albacete der katalanische Gefangene Zigor Larredonda sowie die drei Basken Jesús Mari Goekoetxea, Sebas Laza und Txus del Vado im unbefristeten Hungerstreik. Die Gefangenen fordern die Aufhebung der Repressalien und Beschränkungen, denen sie seit den Anschlägen des 11. März in Madrid unterworfen sind.

Die vier Gefangenen, die in Zusammenhang mit dem baskischen Befreiungskampf inhaftiert sind, wurden am Tag der Anschläge in Madrid voneinander isoliert. Diese Isolierung ermöglichte den Angriff auf Txus del Vado, der von zwei als Spitzel bekannten Gefangenen angegriffen und geschlagen wurde. Zuvor war der Versuch

von Seiten des Knastes gescheitert, Stimmung gegen die politischen Gefangenen zu machen.

Neben dem Angriff auf Txus del Vado wurden die Gefangenen in Albacete zusätzlichen Restriktionen unterworfen. In ihrer Zelle dürfen sie, neben sehr wenig Kleidung, nur noch ein Buch haben. Die Besuchserlaubnis wurde auf zehn Personen beschränkt und die Anrufe auf einen pro Woche reduziert. Zudem wird ihre Korrespondenz verstärkt überwacht und eingeschränkt.

Gegen diese Maßnahmen haben die Gefangenen am 15. März einen unbefristeten Hungerstreik begonnen.

Sie fordern neben den Aufhebungen der Restriktionen ihre Zusammenlegung in einem Trakt. Den Gefangenen geht es trotz Gewichtsverlustes gut, Txus de Vado ist aufgrund des HS und des Angriffs allerdings stark geschwächt und kann das Bett nicht mehr verlassen.

Die Gefängnisleitung reagierte auf den Streik mit einer Desinformationspolitik, um die Aktion zu schwächen. Die Angehörigen und der Anwalt von Sebas Laza waren über eine angebliche Verlegung informiert worden, was sich letztendlich als Lüge herausstellte.

In Barcelona wurde am 29.3. eine Kundgebung vor dem Sitz der Regionalregierung durchgeführt. Bei Sturm und Regen kamen ca. 50 Personen, um ihre Solidarität mit dem HS auszudrücken. Für Samstag, den 3.4. ist eine Demo in Barcelona geplant.

Unterstützt die Gefangenen, in dem ihr ihnen schreibt! Textvorschlag für Solipostkarte:

Apoyamos las vuestras reivindicaciones y os deseamos mucha fuerza y ánimo para la huelga. - Wir unterstützen eure Forderungen und wünschen euch viel Kraft und En-



Alfontso Martínez Lizarduikoa, Professor für Wissenschaftsphilosophie an der baskischen autonomen Universität UPV, wurde auf Anordnung des Untersuchungsrichters Baltasar Garzón des spanischen Sondergerichts "Audiencia Nacional" verhaftet und nach Madrid in Untersuchungshaft gebracht. Alfontso Martínez Lizarduikoa wird Zusammenarbeit mit dem Finanzapparat der bewaffneten Organisation ETA vorgeworfen. Zahlreiche ArbeitskollegInnen und StudentInnen protestierten gegen seine Verhaftung.

members.freepress.org/euskadinfo/aktuell/

ergie für den Streik.

Adresse:

Zigor Larredonda

Jesús Mari Goekoetxea

Sebas Laza

Trus del Vado

alle:

Prisión Provincial de Albacete

70 Carretera de Ayora km 72

Apto. correo

E- 02071 Albacete

Zellenrazzia bei Diego Sánchez und Juanra Rodríguez

Im Untersuchungsgefängnis von Soto del Real (Madrid) zerstörte ein Rollkommando einen Großteil der Fotos und Bücher der Gefangenen Diego Sánchez und Juanra Rodríguez. Zudem wurden alle CDs und die Musikanlagen mitgenommen. Vorwand dieser Repressionsmaßnahme gegen die beiden katalanischen Gefangenen war, sie hätten einen „Fluchtversuch“ geplant.

Diego Sánchez wird der Mitgliedschaft in einem ETA-Kommando Barcelona angeklagt, Juanra Rodríguez, Sänger der Rockgruppe KOP, der Unterstützung eines solchen. Juanra war vor 4 Monaten aus den Niederlanden an den spanischen Staat ausgeliefert worden. Seitdem haben nur zwei Personen eine Besuchserlaubnis für ihn.

Diego Sánchez war im Januar 2001 in Zusammenhang mit dem damals aufgefliegenen ETA-Kommando Barcelona per Haftbefehl gesucht worden. Nachdem er für 3 Tage untergetaucht war, war er verhaftet worden, als er in Begleitung seines Anwalts vor dem Gericht zu den Beschuldigungen Stellung nehmen wollte. Im berühmten Kommissariat Via Laietana in Barcelona war er dann in incomunicado-Haft gefoltert und schließlich als Mitglied des ETA-Kommandos Barcelona angeklagt worden.

Diegos Jura-Fernstudium wird von der Gefängnisleitung sabotiert. So wurden ihm die nötigen Bücher verspätet ausgehändigt und die Prüfungstermine nicht mitgeteilt. Wie Diego, so warten auch Zigor Larredonda und acht weitere angebliche UnterstützerInnen seit dem Prozessende im Oktober letzten Jahres auf die Urteilsverkündung. Währenddessen wurde gegen zwei von ihnen, Zigor und Laura Riera, ein weiteres Ermittlungsverfahren wegen eines Attentats auf einen PP-Politiker (damalige Regierungspartei) in Terrassa bei Barcelona eröffnet. Der Prozessbeginn ist auf Betreiben ihrer AnwältInnen mit Hinweis auf das bisher nicht zugestellte Urteil im ersten Prozess aufgeschoben.

Schluss mit der Repression gegen die Gefangenen!

Sofortige Aufhebung des Antiterrorgesetzes!

Abschaffung des Audiencia-Nacional-Sondergerichtes!

Col·lectiu d'Informació Internacionalista i Solidària (C.I.I.S.), 31.3.04, Barcelona



Mumia Abu-Jamal

50 und kein bisschen freier

Am 24. April wird Mumia Abu-Jamal 50 Jahre alt. Seit nunmehr 22 Jahren sitzt der ehemalige Black Panther wegen des angeblichen Mordes an einem Polizisten im Todestrakt im Pennsylvania und kämpft um seine Freiheit.

Seit Jahren ist der 24. April ein internationaler Aktionstag für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal und allen anderen politischen Gefangenen. In den USA finden an diesem Tag wieder Demonstrationen in San Francisco an der Westküste und in Philadelphia, Mumias Geburtsstadt, an der Ostküste Demonstrationen statt. Wie in der vorangegangenen Jahren werden in Philadelphia Aktivisten aus dem Ausland erwartet. An diesem Tag wird Abu-Jamals neuestes Buch „A Life In The Party: The Story of the Black Panthers“ der Öffentlichkeit präsentiert. In San Francisco findet am 23. April das erste Internationale Mumia Abu-Jamal Filmfestival statt.

„Let's have a party!“, sagt das Bundestreffen der Mumia Abu-Jamal Solidaritätskomitees (BWT) in der BRD. „Feiern wir diesen runden Geburtstag mit ihm und kämpfen dafür, dass er den nächsten in Freiheit begehen kann!“ Als Geschenk ist an Geld gedacht. „Denn die Verteidigungskassen sind leer und ohne Verteidigung werden wir Mumia nie frei bekommen. Zur Zeit laufen vor vier Gerichtsinstanzen Anträge und Widersprüche, die über sein Leben entscheiden - und dies sind die letzten juristischen Möglichkeiten.“

Zu diesem Zweck wurde eine Geburtstagskartenaktion veranstaltet, die besten Entwürfe werden gedruckt. Die gedruckten Karten können als Set erworben werden. Email an info@mumia.de genügt. Die Glückwunschkarten sind unter: www.mumia.de/tec/karten/ zu finden.

„Die kompletten Einnahmen kommen ohne Abzug Mumias Verteidigung zugute.“

Dem Aufruf des BWTs an „alle, die sich solidarisch mit Mumia verbunden fühlen, ... Feste, Konzerte, Veranstaltungen, etc. rund um den runden Geburtstag zu veranstalten und Geld zu sammeln“, nachgekommen sind bis jetzt:

Berlin, 17. April um 20:30 Uhr: Musikalisch - literarischer Abend für Mumia Abu-Jamal. Im Anschluss legt DJ Wolf (Shrine Berlin) worldbeat auf. **Ort:** Knorre, Revaler Str. 33, 10245 Berlin-Friedrichshain

Saarbrücken, 24. April um 21 Uhr: Geburtstagsparty für Mumia. Zum Auftakt der Party wird ein kurzer Film über die Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Paris an Mumia (4. Oktober 2003) gezeigt. **Ort:** Alte Feuerwache, Am Landwehrplatz 2, 66111 Saarbrücken

Heidelberg am 25. April um 20 Uhr: Gefangener #AM 8335 - thoughts thoughtsand-music-music-project mit DJ Meckie Messer Muzak und Schauspielerin Susa Stephani. Eintritt 8.- / 6.- euro. Vorbestellungen bei 06221-800313 oder unter der Email. Veranstalter: Freiheit für Mumia Abu-Jamal Heidelberg. **Ort:** Romanischer Keller, Ecke Seminarstraße/Kettengasse, Heidelberg Altstadt. Tel: 06221-542769, Kontakt: anna.schiff@t-online.de

Saarbrücken, 7. Mai um 19:30 Uhr: „Not In Our Name - Nicht in unserem Namen!“ - Lesung aus dem Buch „das imperium kennt kein gesetz - texte gegen globalisierung und krieg“ von Mumia Abu-Jamal. Jürgen Heiser, Publizist und Übersetzer aus Bremen und mit Mumia Abu-Jamal seit 1989 befreundet, liest aus dem von ihm übersetzten Band und informiert über die Kampagne für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal. **Ort:** Kino achteinhalb, Nauwieserstraße 19, 66111 Saarbrücken

Wendland, 12. Juni um 12 Uhr: Solidaritätsfestival für Mumia u.a. mit Rotes Haus. **Ort:** Schwarzer Hahn. Kontakt: www.schwarzerhahn.de/

Verbindet das Feiern mit dem Spenden-sammeln!

Spendenkonto: Archiv 92/Sonderkonto Jamal, S.E.B. Bank Bremen, Konto-Nr. 100 8738 701, BLZ 290 101 11 (Für Überweisungen aus dem europäischen Ausland:)

IBAN DE08 2901 0111 108 7387 01

Weitere Infos unter: info@mumia.de - www.mumia.de

Staatliche Rachsucht

Veronza Bower: Nach 30 Jahren Freilassung erwirkt, aber ...

Mitte März wurde bekannt, dass Veronza Bowers nach 30 Jahren Knast endlich freigelassen wird. 1970, als das COINTEL-Program des FBI zur „Neutralisierung“ der Black Panther Party und anderen Organisationen, die vom Staat als „politisch gefährlich“ eingestuft wurden, voll im Gange war, wurde Bowers der Mord an einem Polizisten Kaliforniens angehängt. Die Jury ignorierte sein Alibi und zog es stattdessen vor, den Aussagen zweier Informanten zu glauben. Wegen ihrer „Kooperation“ bekamen beide verminderte Strafen wegen anderer Straftaten. Die Anklage gegen den Hauptbelastungszeugen, der ursprünglich wegen Mordew angeklagt wurde, wurde sogar fallengelassen.

Nach den Richtlinien der Strafaussetzungskommission Kaliforniens hätte Bowers nach neun Jahren freigelassen werden müssen. Dies lehnte aber die Kommission ab, u.a. weil Bowers sich weigerte, den Mord zu gestehen, begründet wurde es aber mit einem Angriff gegen einen Mitgefangenen. Bowers erhob Anklage gegen diese Entscheidung der Kommission. 1993 wies ein Berufungsgericht die Kommission an, Bowers Freilassungsdatum neu zu errechnen. Die Kommission ignorierte einfach jahrelang diese Entscheidung. Nachdem die regionale Strafaussetzungskommission endlich Bowers vorzeitige Freilassung empfahl, lehnte dies die oberste Kommissionsinstanz ab. 2001 erhob Bowers Anklage gegen diese Entscheidung. Knapp ein halbes Jahr später lehnte ein Gericht die Anklage ab.

Nun wird Bowers doch endlich freigelassen, aber nicht, weil die Strafaussetzungskommission oder das Gerichtssystem ihre „Fehler“ eingesehen haben, sondern weil er seine Strafe voll abgesessen hat. Bis jetzt gibt es keine Meldung, dass er frei ist, aber seine Freilassung ist auf Bewährung, und er wird für den Rest seines Lebens unter der Aufsicht der Strafaussetzungskommission bleiben. Die genauen Bedingungen sind noch nicht bekannt.



Ein schändliches Spiel!

Kurz vor wir in Druck gingen, bekamen wir die Nachricht, dass Veronza Bowers nach über 30 Jahre Haft doch nicht wie vorgesehen freigelassen wurde. Am Nachmittag des 6. Aprils rief die Strafaussetzungskommission (NPC) in Washington beim Gefängnis an und erklärte, dass Bowers, da er nicht an der gesetzlich vorgesehenen obligatorischen letzten Anhörung teilgenommen habe, er nicht freigelassen werde. Sogar der Gefängnisdirektor war sprachlos. Wie sich Bowers' drei Schwester und seine Tochter, die aus verschiedenen Orten nach Florida geflogen waren, um ihn bei seiner Freilassung zu empfangen, fühlten, lässt sich nur erahnen.

Laut dem zuständigen Sachbearbeiter hat die NCP schon vor einiger Zeit schriftlich erklärt, auf die letzte Anhörung verzichten zu wollen. Am Morgen des 7. Aprils traf sich die zuständige Gefängnisleitung, um die Ereignisse zu erörtern. Gefängnisdirektor Holder rief in Washington an und wies auf den Gesetzes-

sparagrafen hin, der eine sofortige Anhörung zulässt. Die Anhörung wurde genehmigt. Kaum eine halbe Stunde später bekam Holder einen Anruf aus Washington, dass die Person, die die Anhörung genehmigt hatte, nicht dazu befugt sei und Bowers frühestens im Juni freigelassen werden könnte.

Obwohl der Mittwoch kein Besuchstag ist, erlaubt der Gefängnisdirektor Bowers Familie, ihn zu besuchen. Nach 30 Jahren im Knast kann Bowers offensichtlich nichts erschüttern: „ein Atem nach dem anderen“, sagt er.

Weitere Infos: www.geocities.com/veronzab/

Herman Bell: Vorzeitige Entlassung abgelehnt

Im Januar (AI 281) berichteten wir vom Ersuchen der ehemaligen Mitglieder der Black Panther Party (BPP) und Schwarzen Befreiungsarmee (BLA) Sundiata Acoli in New Jersey und Herman Bell in New York um vorzeitige Freilassung. Beide wurden Anfang der 70er Jahre wegen ihrer angeblichen Beteiligung am Tod von Polizisten zu lebenslänglich verurteilt und sitzen seit über 30 Jahren im Knast. Beide haben immer den Tatvorwurf bestritten.

Wie bei dem indigenen amerikanischen Aktivisten Leonard Peltier und dem afro-amerikanischen Journalist Mumia Abu-Jamal startete die Polizei eine Medien- und Internethetze, um ihren Rachegehlüsten Geltung zu verschaffen. Auf Druck der Poli-

zeibehörden weigerte sich der damalige Präsident Bill Clinton in den letzten Tagen seiner Amtszeit in Januar 2001, Peltier zu begnadigen, obwohl er sich kurze Zeit zuvor wohlwollend geäußert hatte. Seit über 20 Jahren fordert



vor allem die Polizei Pennsylvanias die Hinrichtung Mumia Abu-Jamals. Nur eine breite öffentliche Kampagne hat dies zweimal verhindern können.

Im Falle Bell war die Polizeikampagne erfolgreich. Am 11. Februar lehnte die Strafaussetzungskommission New Yorks eine vorzeitige Entlassung ab, obwohl sich die Kinder von Waverley Jones, einer der verstorbenen Polizisten, für Bells Freilassung öffentlich ausgesprochen hatten. Die nächste Anhörung vor der Kommission ist für 2006 terminiert.

Sundiata Acoli: Kampagne gegen Freilassung

Sundiata Acolis Anhörung vor der Strafaussetzungskommission hätte Anfang Januar stattfinden sollen. Stattdessen gab es erst am 4. Februar per Telefon eine Voranhörung. Schon vor Acolis Anwaltsteam bekam ihren eigenen Angaben zufolge die New Jersey Zeitung *Star-Ledger* eine Kopie der auf Tonband aufgenommenen Anhörung.

Laut *Star-Ledger* gab Acoli in seiner Anhörung Auskunft über der Schießerei 1973, bei der sein Genosse Zayd Malik Shakur und der Polizist Werner Foerster erschossen und das BLA-Mitglied Assata Shakur und der Polizist James Harper verwundet wurden. Nachdem Foerster versucht hatte, ihn mit der Pistole zu schlagen, kam es zu einer Handgemenge, bei der er Foerstes Hände festhielt, um zu verhindern, dass dieser auf ihn schießen konnte, daraufhin brach die Schießerei los. Harper schoss auf ihn und die Kugel streifte ihn am Kopf, wodurch er bewusstlos wurde. Nachdem er zu sich kam, half er seinen beiden Freunde in den Wagen und fuhr weg. „Ich habe ihn (Foerster) nicht selber erschossen, übernehme aber die Verantwortung dafür. Ich be-reue es. Ich werde keine weitere Straftaten begehen,“ soll Acoli gesagt haben.

„Acoli hat nie vorher weder gegenüber der Polizei noch vor einem Gericht ausgesagt, und es gibt keine Aufzeichnung seiner Aussage von vor einem Jahrzehnt vor der Strafaussetzungskommission. Damals wurde ihm die vorzeitige Entlassung verweigert. Die Behörden glauben, dass das Interview von Mittwoch überhaupt das erste Mal ist, dass Acoli seine Version der

Schießerei dargestellt hat, der Star-Ledger wurde eine Tonaufzeichnung des Interviews zur Verfügung gestellt,“ berichtet die Zeitung.

Acolis Unterstützer weisen diese Behauptungen entschieden zurück und erklärten, Acoli habe damals nichts anderes gesagt als dieses Mal, nämlich dass er Foerster nicht erschossen hat, sondern Foerster wie auch Harper ihn angeschossen hatten. Foerster schoss ihm in die Hand und Harper traf ihn am Kopf. Der damalige Krankenhausbericht wie auch nachfolgende Berichte beweisen, dass Acoli offene Wunden an Kopf und Hand hatte. Die Kommission war damals wie auch heute verpflichtet, jedes Interview auf Tonband aufzuzeichnen und aufzubewahren.

In ihren Berichten sowohl vor wie auch nach der Voranhörung folgte die Star-Ledger den Angaben des Staates über das Geschehen von 1973, zitierte ständig Polizeivertreter und versuchte, Acoli in die Nähe des Terrorismus zu bringen durch Sätze wie: „Für die Polizei ist Acoli, 67, ein Cop-Killer-Terrorist, für den es in einer Post-11.September-Gesellschaft keinen Platz gibt.“

Gründe für die Ablehnung einer vorzeitigen Entlassung lieferte gern Sergeant Tormey, den die Star-Ledger als Ermittler für Terrorismusdelikte darstellt und erwähnt, dass er seit vielen Jahren hinter Assata Shakur sei. Shakur wurde 1977 verurteilt und zwei Jahre später von Genossinnen aus dem Knast befreit. Seit vielen Jahren lebt sie auf Kuba. Die ständige Erwähnung von Assata Shakur veranlasst einige Beobachter zu der Vermutung, dass der Staat nicht beabsichtige, Acoli freizulassen, ohne vorher die Strafe Shakurs verbüßt zu haben.

Nach der Voranhörung merkte der Beamte, der das Telefoninterview geführt hatte, in Acolis Akte „ungünstig“ und: „leugnet, den Polizisten erschossen zu haben.“

Am 8. Februar berichtet Star-Ledger, die Kommission werde zunächst die Staatsanwaltschaft, den noch lebenden Polizist Harper und die Familie der verstorbenen Foerster anhören. Danach bekommen Acoli und seine Freunde die Möglichkeit, darauf zu antworten. Anschließend wird einen Zweimann-Ausschuss der Kommission ins Gefängnis fahren, um das Interview durchzuführen und eine Entscheidung zu fällen.

Mittlerweile hat es sich herausgestellt, dass zwei Anhörungen geplant sind. Die er-

ste, die für Mitte April geplant ist, wird von der Bundesstrafaussetzungskommission durchgeführt. Sie wird ihre Empfehlung und eine Tonbandaufnahme der Anhörung an die Strafaussetzungskommission New Jerseys schicken. Diese wird dann ihre eigene Anhörung durchführen und eine endgültige Entscheidung treffen. Wann die Anhörung stattfinden wird, ist unklar.

Klar ist, dass Acoli nach dem Gesetz freizulassen ist, außer es gibt „überwiegend Hinweise“ gibt, „dass der Insasse eine Straftat begehen wird, sollte er freigelassen werden“, wie es im Strafaussetzungsgesetz von 1979 heißt. Dafür, dass der 67-Jährige zur Knarre greifen und Amok laufen wird o.ä, dürfte es keine „überwiegenden Hinweise“ geben.

Genauso klar ist, dass seine Freilassung staatlicherseits nicht gewollt ist, wie die Polizeihetzkampagne der letzten Monaten zeigt. Hätte es Gründe für eine Ablehnung seiner vorzeitigen Entlassung gegeben, hätte Acolis Anhörung in Januar sicherlich stattgefunden und wäre nicht um mehrere Monaten verschoben worden. Die Einmischung des Bundes ist ein weiterer Beweis hierfür, denn Acoli wurde weder wegen Verstoßes gegen Bundesgesetze noch von einem Bundesgericht verurteilt. Einzig und allein die Justiz New Jerseys ist zuständig.

Sundiata Acoli bittet um Unterstützung in seinem Kampf um Freilassung. Fordert „Give Sundiata Acoli an in-person parole hearing and release him on parole“ an:

*All Members of
The New Jersey State Parole Board
P.O. Box 862, Trenton, NJ 08625
Tel: 01 609 292 4257
Fax: 01 609 984 2188
<http://sundiata.afrikan.net/>*

Robert Seth Hayes: Bitte um Unterstützung

Der politische Gefangene Robert Seth Hayes hat in einen offenen Brief an Freunden und Unterstützer um Hilfe bei einer Verlegung in ein anderes Gefängnis gebeten. Hayes, ein ehemaliges Mitglied der Black Panther Party und der Schwarzen Befreiungsarmee, kämpft seit 2000 um eine adäquate medizinische Behandlung gegen Hepatitis C und Diabetes. In den letzten Monaten ist er aufgrund mangelnder medizinische Versorgung mehrmals bewusstlos geworden und fürchtet um sein Leben.

Er sitzt wegen seiner politischen Aktivitäten seit über 30 Jahren im Knast, gegenwärtig im Clinton-Gefängnis in New York. Hayes ist bekannt als jemand, der auch in Knast um seine Rechte und die seiner Mitgefangenen kämpft und nicht meckert oder ständig um Hilfe bittet. Daher rufen wir alle auf, Protestbriefe und -faxe usw. an die Gefängnisbehörde New Yorks zu schicken und seine Verlegung zu verlangen. Im Folgenden dokumentieren wir Seth Hayes Brief.

Liebe Freunde,

ich möchte euch um eure Intervention und Hilfe bitten, um meine Verlegung vom Clinton- Gefängnis in ein anderes Gefängnis in der Nähe der Stadt New York durchzusetzen. In ein Gefängnis, wo ich die mir zustehende medizinische Versorgung bekommen kann und meinen Liebsten und Freunden ermöglicht wird, meinen Zustand besser zu verfolgen, um sich und mich davon zu überzeugen, dass medizinische Gleichgültigkeit in meinem tagtäglichen Leben keine wichtige Rolle mehr spielt.

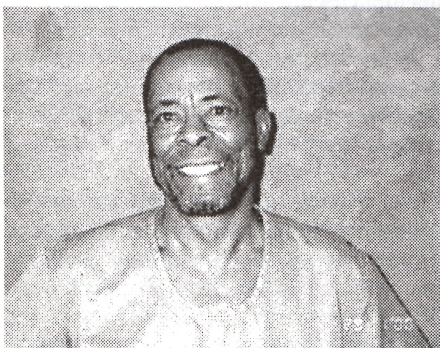
Kurz zusammengefasst: Seit einigen Monaten leide ich unter ständig wiederholenden Insulinproblemen. Infolge niedriger Blutzuckerwerte bin ich ohnmächtig geworden und musste schnellstens ins Krankenhaus gebracht werden. An sich wäre das nicht so schlimm, wenn ich ärztlich beraten würde, was ich das nächste Mal zu erwarten hätte oder wie ich diese Anfälle verhindern könnte. Stattdessen werde ich wiederbelebt und in meine Zelle zurückgeschickt, ohne zu erfahren, was die Konsequenzen so vieler Anfälle sind oder was ich tun kann, um sie zu verhindern.

Ich bin seit 2000 Diabetiker. In den letzten Monaten hat sich mein Gesundheitszustand drastisch verschlimmert. Ich werde ohnmächtig. Ich verliere die Orientierung und bin mir meiner Umgebung und meines Verhalten während dieser Anfälle nicht bewusst. Leider habe ich keine plausible Erklärung, warum mein Blutzucker so niedrig ist und so schnell sinkt. Auch wenn Essen in der Nähe ist, bin ich so desorientiert, dass ich es nicht wahrnehme und schnell bewusstlos werde. Normalerweise, wenn der Blutzuckerpegel eines/r Diabetikerin auf 60 oder weniger absinkt, hat er/sie ein Problem. Als ich während der letzten drei bis vier Monaten diese Anfälle hatte, ist mein Blutzucker auf 41 und am 7. Februar dieses Jahres sogar auf 31 gesunken, wurde mir gesagt.

Ich bekam Zucker intravenös. Nachdem ich bei vollem Bewusstsein war, bekam ich etwas zu essen und trinken, wurde aber weder untersucht noch beraten und anschließend in die Zelle zurückgeschickt, ohne dass man mir erklärte, was mit mir geschehen war, wie ich es verhindern könnte oder warum kein Arzt oder Krankenschwester es für nötig hielt, mit mir über diese anhaltenden Anfälle zu diskutieren oder mir zu sagen, was für eine Auswirkung diese auf meinen Körper und seelischen Zustand haben können. Ich bin immer noch ernsthaft besorgt und glaube, dass mein Leben infolge dieser bewussten Gleichgültigkeit in Gefahr ist.

(...)

Ein Problem ist, dass es keine Vorwarnung für einen starken Blutzuckerverlust gibt. Eine Minute ist mir bewusst, dass ich Hunger habe und essen sollte, und dann komme ich zu mir und höre jemanden sagen: „Es war Glück, dass jemand vorbe-



schaute ...“ Sie riefen die Schließer und ich wurde ins Krankenhaus gebracht. Manchmal wird viel lebenswichtige Zeit verloren, weil Schließer nicht erkennen, dass ich Diabetiker bin. In der Vergangenheit habe ich medizinische Erkennungsarmbänder und die Eintragung auf der Rückseite unser Ausweisen beantragt, aber es hat sie nicht interessiert.

Eine andere Sicherheitsmaßnahme, die hier nicht angewendet wird, ist Blutzuckerkontrolle. Clinton ist das einzige Gefängnis, in dem ich gewesen bin, das seinen Patienten Fingerstäbchen verweigert, um ihren Blutzucker täglich zu kontrollieren. Diese lebenswichtige Maßnahme wird uns enthalten, so dass wir es nicht mitbekommen, wenn unserer Zustand auf ein gefährliches Niveau absinkt. Diabetiker kontrollieren ihren Blutzucker drei bis fünf Mal am Tag. In anderen Gefängnissen wurde es mir vor Mahlzeiten zwei Mal am Tag erlaubt. In den drei Jahren, seit ich hier bin, habe ich noch keine Änderung dieser Verweigerungspraxis gesehen.

Ein Hauptproblem in Clinton-Gefängnis ist, dass nicht jeder Schließer weiß, wer krank ist und wer nicht. Am 19. Oktober erlitt ich den ersten starken Anfall und wurde desorientiert. Ohne Erlaubnis und unbemerkt verließ ich meinen Arbeitsplatz und ging in meine Zelle zurück, wo ich eingeschlafen bin. Ich hatte Glück, dass einige Freunde von Maine mich besuchen kamen. Als andere Gefangene hörten, wie mein Name für den Besuch ausgerufen wurden, schrien sie auf mich ein, bis ich aufwachte. Ich torkelte die Treppe hinunter zum Aufsichtsschalter, um mir einen Passierschein zu holen. Da ich die Orientierung verloren hatte, schien ich „high“ zu sein, wie der Sergeant es nannte, und wurde zu Boden geworfen und mit Handschellen gefesselt.

Als ich zu mir kam, unterhielten sich die Krankenschwester und der Sergeant, der fest behauptete, ich sei unter Drogen und er hab eine legitime Festnahme gemacht. Sie aber erklärte: „er ist ein Diabetiker, der unter Insulinschock leide und sein Blutzuckerpegel ist auf gefährliche 41 gesunken...“ (...) Natürlich habe ich mich bei meinen Freunden bedankt, dass sie vorbeigekommen sind, da ihr Besuch mir das Leben gerettet hat.

Ich kann meine Angst hier nicht stark genug betonen. Ich habe das Gefühl, dass ich hier festgehalten werde ohne Hilfe und in der Hoffnung, dass sich mein Zustand verschlimmert und ich sterbe.

Am 19. Oktober, 28. Dezember, 6./13./30. Januar und 7. Februar wurde ich bewusstlos und wiederbelebt. Nachdem ich Essen bekam, um den Zuckerpegel zu erhöhen, wurde ich aus dem Krankenhaus entlassen. Es gab keine Nachfolgebehandlung und/oder -beratung ... Noch hat das medizinische Personell irgendwelche Vorbeugeberatung angeboten.

Ich bin zwangsläufig zu dem Schluss ge-

kommen, dass die einzige Möglichkeit um meine Angst zu beruhigen, ist meine Verlegung aus diesem Gefängnis mit seiner absichtlich gleichgültigen Behandlung in ein Gefängnis, das die medizinische Versorgung der Gefangene erst nimmt. (...)

Ich flehe euch an, helft mir, in ein anderes Gefängnis verlegt zu werden, weil ich allmählich alle Hoffnung verliere, am Leben zu bleiben, sollte ich hier in Clinton bleiben. Der Stand der Dinge ist, dass ich am 4. Februar 2004 meine Verlegung beantragte, aber wenig Hoffnung habe, das dem stattgegeben wird.

Ich möchte nicht im Gefängnis sterben. Aber als ein ehemaliges Mitglied der Black Panther Party und verurteiltes Mitglied der Schwarzen Befreiungsarmee bin ich einzig aus diesen Gründen in Clinton. Letztes Jahr wurde mir eine Verlegung abgelehnt, trotz günstigem Arbeits- und Disziplinarbericht.

Die Gefängnisse Arthur Kill, Eastern, Shawangunk, Sullivan, Green Haven und Sing Sing haben alle Behandlungspläne für Diabetes und Hepatitis C. Aus gesundheitlichen Gründen und zur Förderung der Kontakte mit Familie und Freunden beantragte ich die Verlegung in eins dieser Gefängnisse. Wegen der fehlenden Behandlung habe ich keine Hoffnung, dass mein Antrag ernsthaft geprüft wird. Ich bin fest davon überzeugt, dass ohne Intervention und Hilfe von draußen ich hier in Clinton sterben werde.

Protestbriefe/-faxe an:

Glenn S. Goord, Commissioner
NYS Department of Correctional Services
Building 2, 1220 Washington Avenue
Albany NY, 12226-2050 USA
Phone: 001 518 457 8126
Fax: 001 518 457 7252
Email: MediaInfo@docs.state.ny.us

Kontakt:

Robert „Seth“ Hayes #74A-2280
Clinton Correctional Facility
P.O. Box 2001
Dannemora NY
12929 USA

Weitere Infos:

www.montrealabcf.org/hayes/
www.kersplebedeb.com/sethhayes/index



Schweiz

Marco Camenisch im Hungerstreik

Am 1. April ist Marco Camenisch in einen vorerst auf einen Monat befristeten Hungerstreik getreten, um die Verbesserung seiner Haftbedingungen zu erkämpfen. Hier seine Hungerstreikerklärung:

„Hiermit erkläre ich den Hungerstreik als weitere revolutionäre Initiative der Betroffenen und der Teilnahme, also der Solidarität und des Kampfes im sozialen Widerstand und Befreiungskampf gegen jegliche Macht, Herrschaft und Ausbeutung des Menschen und der Natur durch den Menschen zugunsten und unter der Führerschaft einer kleinsten Minderheit der Reichen und Mächtigen dieser Welt.

Diese Initiative beginnt am 1. April 2004 und wird einstweilen am 31. April zum Beginn des Prozesses (10. Mai - ca. 4. Juni vor dem Geschworenengericht Zürich) unterbrochen, falls im Verlauf der Initiative repressive Maßnahmen, wie etwa nicht den Forderungen entsprechende Versetzungen usw. zur unbeschränkten Fortsetzung der Initiative führen. Ich werde gesüßte Getränke zu mir nehmen und periodisch medizinische Kontrolle (Gewicht und Blutdruck) in Anspruch nehmen.

Im Kampf gegen Knast, Isolation und Folter fordere ich:

- Das unverzügliche Ende der massiven Beschränkungen und Zerstörungen meiner Beziehung und meiner Kommunikation durch die soziale, politische und sprachliche Diskriminierung der persönlichen Korrespondenz und durch Familien- und FreundInnenbesuche ausschließlich mit Trennscheibe und Tonbandaufnahmen und fast ausschließlich erst noch unter direkter Sicht- und Hörkontrolle eines Vollzugsbeamten.
- Die unverzügliche Versetzung in den normalen Vollzug.

Allgemeiner trete ich auch für ein Ende der unmenschlichen Untersuchungshaftbedingungen in der Schweiz ein. Wo aber festzuhalten ist, dass auch hier in meinem Erfahrungsbereich die Behandlung der Gefangenen durch VollzugsbeamtInnen korrekt und achtungsvoll ist.

Diese Initiative reiht sich selbstverständlich solidarisch in die Kämpfe draußen und drinnen gegen die Ermordung, Isolation und Folter in allen Hochsicherheits- und Sonderlagern und -gefängnissen ein und ist aktive Solidarität:

- Mit allen Kämpfen zur Befreiung der politischen Gefangenen, von allen Gefangenen und zur Abschaffung aller Knäste für Menschen, Tiere, Pflanzen und Landschaft!
- Mit den Kämpfen von Nathalie Menigon und den anderen GenossInnen von AD in Frankreich, mit den GenossInnen im spanischen FIES in Spanien und überall für die Befreiung von kranken Gefangenen und von revolutionären Gefangenen, die gesetzlich schon lange befreit werden könnten, aber von den mehr oder weniger freundlich faschistischen Staaten unendlich lange in besonders zerstörerischen Haftbedingungen weiter gefangen gehalten werden, während die nazifaschistischen Schlächter der Juden und anderer Verfolgten im 2. Weltkrieg und nachher (z.B. in Chile, Argentinien, Itali-

en, Frankreich usw.) und „kriminelle“ SchreibtischtäterInnen aus der Politik und der Wirtschaft von ihrer Klassenjustiz überall sofort freigelassen oder gar nicht erst gefangen genommen werden!

- Gegen die tödliche Versprengung der Gefangenen fern von ihren Wohnorten und Familien wie z.B. in Italien allgemein oder in Spanien gegen die gefangenen anarchistischen und kommunistischen GenossInnen und der GenossInnen von ETA und gegen ihre Angehörigen!
- Mit dem harten und bestimmten Kampf der türkischen GenossInnen gegen die (F)-Typ-Gefängnisse bis zum Todesfasten, mit dem Knastkampf der GenossInnen in Argentinien, der Mapuche und allen anderen GenossInnen und Freiheits-



kämpferInnen in Chile, der palästinensischen Gefangenen in Israel usw. usw. usw.!

- Mit allen Knastkämpfen für menschenwürdige Bedingungen und gegen die nazifaschistische Hochsicherheits- und Sonderhaftregimepraxis und weiße Fol-

Wir dokumentieren auszugsweise ein Flugblatt von „Freundinnen und UnterstützerInnen von Marco Camenisch“

Solidarität mit Marco Camenisch!

Voraussichtlich ab dem 10. Mai 04 findet vor dem Geschworenengericht in Zürich ein weiterer Prozess gegen unseren Freund und Genossen Marco Camenisch statt: Die Schweizer Rachejustiz will es nochmals wissen.

Und noch ein Prozess ...

Seit gut zwei Jahren sitzt Marco, Militanter der Anti-AKW-Bewegung und kämpferischer Anarchist, wieder in Schweizer Knästen, nachdem er in Italien u.a. für Sabotage-Aktionen an Strommasten mehr als zehn Jahre in Hochsicherheitsknästen bei permanenter Kleingruppenisolation abgesessen hat.

Die Schweiz wollte ihn, weil er hier noch gut acht Jahre Knast offen hat: 81 wurde er vom Kantonsgericht Chur für Sabotage an einem Strommast und an einem Unterwerk der Nordostschweizer Kraftwerke (NOK) bei Bad Ragaz zur drakonischen Strafe von zehn Jahren verurteilt - ein weiterer Mitangeklagter kassierte siebeneinhalb Jahre. Ende 81 floh Marco zusammen mit fünf weiteren Gefangenen aus dem Knast bei Regensdorf/ZH. Also sind noch gut acht Jahre offen. Das ist das eine.

Andererseits gab es für den Ausbruch, bei dem ein Wärter verletzt, ein weiterer umgekommen ist, einen Haftbefehl gegen ihn. Und es gab noch einen Haftbefehl für den Tod eines Grenzwächters bei Brusio/GR, für den er 90 von Staatsschutz und Medien verantwortlich gemacht wurde. Der bevorstehende, rund einen Monat

dauernde Prozess vor dem Geschworenengericht wird den Ausbruch und die Geschichte in Brusio behandeln.

Natürlich geht es um mehr, als auf dem Papier steht. Abgeurteilt werden soll nicht zuletzt Marcos Entscheidung, militant gegen die Herrschenden zu kämpfen. Er soll auf Biegen und Brechen ein weiteres Mal verknackt werden, damit allen wieder einmal bewiesen wurde, dass es sich nicht lohnt, so zu kämpfen. Zudem kann der Prozess von der jüngsten europaweiten Repressionswelle nicht losgelöst betrachtet werden.

Zurück in der Schweiz

Seit Marco wieder in der Schweiz ist, wurde er von einem Loch ins andere verschoben. (...)

Zunächst saß er in Pfäffikon/ZH, dann verlegten sie ihn kurz vor einer angekündigten Demo im Dez. 02 in die Knastfestung Thorberg bei Bern. Wegen der äußerst schlechten Haftbedingungen im Thorberg, aber auch weil das World Economic Forum in Davos tagte, trat er im Januar 03 in einen befristeten Hungerstreik - die Initiative war eingebettet in internationale Aktionstage, an denen sich Gruppen in Europa und Lateinamerika beteiligten. Erreicht wurde dadurch seine Verlegung nach Chur in den Normalvollzug, im April 03 verlegten sie ihn unverhofft wieder zurück nach Pfäffikon ... Natürlich wurde das Haftregime wieder verschärft.

Im Herbst 03 wurde zunächst Marcos Zelle, eine Woche (später) an die hundert Wohnungen und Büros von GenossInnen und UnterstützerInnen in Italien von Spezialeinheiten der Carabinieri durchsucht. Der lächerliche Vorwand. Er sei der capo einer sog. 'terroristischen Vereinigung' und habe aus seiner Zelle heraus Anschläge angeordnet. Angesichts dessen wurde am 2. Nov. 03 ein weiterer inter-

nationaler Aktionstag durchgeführt. Kurz vor der an diesem Tag angekündigten Demo nach Pfäffikon verlegten sie ihn noch einmal. Diesmal in den Flughafenknast bei Zürich, wo er bis jetzt sitzt.

Solidarität

(...) Klar, wir werden unseren Genossen im Gerichtssaal nicht alleine lassen. Es gilt, der zu erwartenden Hetze, der versuchten Entsolidarisierung, Vereinzelung und Entpolitisierung unsere kämpferische Solidarität und die Kontinuität des Widerstands entgegenzusetzen: Betroffen ist einer, gemeint sind viele! Nicht zuletzt deshalb haben wir internationale ProzessbeobachterInnen eingeladen, deren politische Erfahrungen und Geschichten als Militante, UnterstützerInnen, Angehörige usw. Marco als Einzelperson ein Stück weit kollektiv aufzuheben vermögen. (...)

Am Wochenende vor dem Prozessbeginn finden weitere Mobilisierungen statt: **Samstag, 8. Mai:** Demo „Freiheit für Marco Camenisch - Solidarität mit den politischen Gefangenen - gegen Repression, 14.00 Uhr Hechtplatz, Zürich; am Abend: Veranstaltung mit internationalen ProzessbeobachterInnen, 20.00 Uhr Volkshaus Zürich

... Und selbstverständlich rufen wir alle auf, (zu dem) öffentlichen Prozess zu gehen: Für den ersten Prozessstag: **Montag, 10. Mai 04, 8.30 Uhr vor dem Obergericht (Hirschgraben 15, Zürich)**

Zeigen wir Marco, dass er nicht alleine ist - schließt euch der Mobilisierung an! Solidarität ist eine Waffe!

FreundInnen und UnterstützerInnen von Marco Camenisch, März 04

Kontakt: arco_camenisch@bluemail.ch; ... Schreibt Marco: Marco Camenisch, Flughafengefängnis, Abteilung Untersuchungshaft und Vollzug, CH-8058 Zürich, Flughafen



Rund 200 Menschen versammelten sich am 4. April am Belmarsh-Gefängnis im Südosten Londons, um gegen die unbestimmte Internierung von 14 Menschen zu protestieren und die Aufhebung der britischen Anti-Terror-Gesetze zu fordern. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer repräsentierten eine große politische Bandbreite, von Persönlichkeiten der Moslem-Gemeinden bis zu Sambagruppen, von Grünen (einschließlich des stellvertretenden Bürgermeisters von London und dem Londoner Europaabgeordneten) bis zu türkischen Kommunisten, von Rechtsanwälten bis zu Anti-Rassismus-Gruppen ... Neben den Reden gab es Samba-Vorführungen, Theater und Gedichte.

Die 14 sitzen seit mehr als zwei Jahren ohne Anklage und ohne Prozess in Belmarsh ein, viele haben die Hoffnung und ihren Mut verloren. Nach zwei Schweigeminuten zur Solidarität mit den Gefangenen machten die Demonstranten so viel Krach wie nur möglich, damit die Gefangenen drinnen sie hören und daran erinnert werden, dass sie außerhalb des Gefängnisses nicht vergessen sind. Die Demonstration richtete sich gegen solche Inhaftierungen überall in der Welt. Belmarsh gilt auch als das britische Guantanamo, tatsächlich hat die Regierung die Europäische Menschenrechtskonvention hier außer Kraft gesetzt.

Quelle und Bilder: www.cacc.org.uk

ter weltweit, die nichts mit objektiver Sicherheit zu tun hat, sondern ausschließlich der Folter, Vernichtung und Rache an gefangenen Menschen dient, revolutionären oder nicht, die sich in ihren Ländern dem WEFaschistischen globalen Wahnsinn des imperialen sozialen Krieges gegen Innen und Außen zur totalen Herrschaft, Ausbeutung und Vernichtung des Menschen und der Natur widersetzen und für ihre Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Souveränität kämpfen.

Mit dieser Initiative drücke ich auch meine Betroffenheit und kämpferische Solidarität aus:

- Gegen den totgeschwiegenen weltweiten Holocaust der Frauen durch staatliche, häusliche, körperliche und psychische sexistische Gewalt, Diskriminierung und Ausbeutung, durch Zerstörung der Umwelt, Krieg, Hunger und Repression, wovon Ciudad Juarez in Mexiko bloß einer von vielen Ausdrücken ist.
- Gegen das Patriarchat als Eckstein aller Ausbeutung und Verachtung der Würde und des Lebens der Menschen, der Tiere, der Pflanzen und der Natur allgemein.
- Mit den Kämpfen aller indigenen Völker um ihr Gebiet, ihre Selbstbestimmung und ihr Überleben, in Chile, in Argentinien, in Venezuela, in Mexiko, in Indonesien, den USA, Australien und überall.
- Gegen den imperialistischen und kapitalistischen Holocaust und Krieg in seinen vielfältigen Formen: bloß auf dem amerikanischen Kontinent und in den letzten 500 Jahren der „Geschichte“ der kolonialistischen und imperialistischen Zivilisation über 70 Millionen ermordete indi-

gene Menschen; durch Hunger Zehntausende von Menschen täglich; dank „Fortschritt“ jährlich Hunderttausende von Toten auf den Straßen, in den Haushalten, durch Umweltvergiftung, Armut, Suizid usw.; durch „Arbeit“, allein gewerkschaftlich registrierte 2 1/2 Mio. Tote jährlich.

- Gegen Ausschlachtung der im imperialistischen Krieg der Mächtigen durch politisch motivierten staatlichen und reaktionären Terrorismus in den Metropolen getöteten wehrlosen ProletarierInnen, um die Durchsetzung des totalitären nazifaschistischen Staates weltweit zu legitimieren; gegen die reaktionäre chauvinistische Hetze, die zu diesem Zweck jeglichen Widerstand und vor allem militanten und sozialrevolutionären Widerstand und Angriff mit diesem Terrorismus gleichsetzt.

Solidarität mit allen revolutionären Initiativen des sozialen Widerstandes und Angriffen gegen imperialistischen Krieg, gegen Macht, Herrschaft und Ausbeutung, natürlich nicht zuletzt auch:

- Mit dem Kampf der Sanspapiers gegen Diskriminierung, Kriminalisierung und Marginalisierung usw.
- Mit den vielfältigen solidarischen Mobilisierungen und Initiativen im Monat April/Mai zu meiner Unterstützung und Einbindung in den Widerstand und in die widerständige Diskussion.
- Mit den Initiativen und Mobilisierungen des 1. Mai als Kampftag der Ausgebeuteten!

Marco Camenisch, Flughafengefängnis Kloten, 31. März 2004

Palästinensische Gefangene

Hungerstreiks gegen Willkür und Folter

Ende März trat den palästinensische politischen Gefangene Hussam Khader in einen unbefristeten Hungerstreik. Khader, Abgeordneter des palästinensischen Parlaments, Mitglied des Palästinensischen Nationalrates, Vorsitzende des Komitees zur Verteidigung der Flüchtlinge und Leiter des Kulturzentrums im Balata-Flüchtlingslagers /Westbank, war von israelischen Sicherheitskräften in den frühen Morgenstunden des 17. März 2003 verhaftet worden.

Schon während der ersten Intifada war Khader verhaftet worden. Am 13. Januar, 1988 schickten ihn die Israelis ins Exil nach Tunesien. Dort wurde er Mitglied des palästinensischen Exilparlaments. Nach dem Oslo-Abkommen war er einer der ersten, die nach Palästina zurückkehrten, und wurde ins Parlament gewählt. Obwohl er Mitglied des Al-Fatah ist, kandidiert er als Unabhängiger und erzielte das zweithöchste Wahlergebnis.

„Sie suchen mich?“, fragte Khader bei seiner Verhaftung: „Sie hätten klingeln können, wie normale Leute.“ Taten sie aber nicht, wie seine Schwester berichtete. „Um zwei Uhr morgens wurden die Nachbarhäuser und die ganze Gegend von der israelischen Armee abgeriegelt. Um 2 Uhr 45 sprengten sie ohne Vorwarnung die Haustür und eröffneten sofort das Feuer ... Die Soldaten befahlen allen Bewohnern, das Haus zu verlassen. Wir sagten: 'Es gibt Kin-

der hier drinnen. Wie sollen wir raus, wenn Sie ständig schießen?“

Die für Dezember terminierte Gerichtsverhandlung wurde auf März verlegt, nachdem Belastungszeugen ihre Aussagen zurückzogen und erklärten, sie wären unter Druck gesetzt und erpresst worden.

Ihm wird die Finanzierung der die Al-Aqsa-Brigaden vorgeworfen. Die Israelis begründen ihre Anschuldigungen damit, dass das von ihm gegründete Kulturzentrum an Festtagen, nach arabischem Brauch, Almosen an die ärmsten Familien des Flüchtlingslagers Balata verteilt. Zu diesen Familien gehören oft auch die Angehörigen von Kämpfern, die selbst oft aus ärmlichen Verhältnissen stammen.

Die schriftliche Aussage des Hauptbelastungszeugen wurde im Gerichtssaal vorgelesen. Dieser behauptet, Khader hätte den Brigaden ca. 900 US-Dollar gegeben, um kugelsichere Weste und Munition zu kaufen. Im Zeugenstand zog aber auch dieser seine Aussage zurück, berichtete Agence France Presse. „Die Israelis setzten mich unter enormen Druck. Meine Gesundheit war sehr angeschlagen. So bekamen sie mein Geständnis.“ Über sechs Wochen lang wurde Khader der Anwaltsbesuch verweigert. Die Verhandlung wurde anschließend auf den 16. Mai verlegt.

Seit seiner Verhaftung ist Khader Folter und Schikanen ausgesetzt. Er wurde wochenlang durchgehend am Schlafen gehindert und ständig aufs Neue verhört. Durch ständige Störungen versuchten seine Aufpasser zu verhindern, dass er sich ausruhen oder schlafen konnte. Man gewährte ihm jeden Tag nur 20 Minuten Zeit, um zu essen. Oft wird er zu Verhören aus seiner Zelle geholt und dann an Armen und Beinen an einen Stuhl gefesselt, so dass er die ganze Zeit in derselben Position sitzen muss, berichtete er seinem Anwalt. Dabei wurde er ständig beschimpft und damit bedroht, dass seiner Familie etwas zustoßen könnte, wenn er nicht gesteht. Statt zu gestehen, nutzte Khader jede Gelegenheit, die Haftbedingungen anzuprangern, das Recht der Gefangenen einzufordern und die Palästinenser aufzufordern, den legitimen Kampf gegen die Besatzung fortzusetzen.

www.hussamkhader.com

Nicht nur Palästinenser in den besetzten Gebieten sind der Willkür der israelischen Sicherheitskräfte ausgesetzt, sondern auch palästinensischen Aktivisten mit israelischer Staatsangehörigkeit. Anfang Februar wurden vier Aktivisten von Abna al-Balad verhaftet und vier Wochen lang verhört, ohne Kontakt zur Familie oder zu einem Anwalt und ohne angeklagt zu werden. Auf Antrag der Behörde erließ ein Gericht einen Berichterstattungsverbot, der erst Anfang März aufgehoben wurde. Zwei der Verhafteten wurden nach ca. vier Wochen wieder freigelassen, die anderen beiden, Mohammed Kannaneh, der Generalsekretär von Abna al-Balad, und Majed Kannaneh

befinden sich noch in Haft. Am 4. März wurden beide wegen Verstößen gegen die Sicherheitsgesetze angeklagt.

Sie werden in einer fensterlosen Zelle im Sicherheitstrakt des Kishon Detention Center 24 Stunden am Tag festgehalten. Ihnen werden Hofgang, Familienbesuch, das Schreiben oder Empfangen von Post, telefonischen Kontakt mit Familien oder mit ihren Anwälten verweigert. Sie dürfen weder Bücher oder Zeitungen, Radio oder Schreibzeug bekommen noch Hygieneartikeln wie Zahnbürste und Zahncreme. Sie müssen auf Matratzen auf dem Fußboden schlafen.

Aus Protest gegen diese Behandlung traten sie am 28. März in einen unbefristeten Hungerstreik.

www.adalah.org

Spendenaufwurf des Bundesvorstands der Roten Hilfe

Zur Unterstützung des Überstellungsverfahrens für Eva Juhnke aus dem türkischen Knast in die BRD

Die Hamburgerin Eva Juhnke hatte sich nach vielen Jahren Kurdistansolidaritätsarbeit in der BRD 1993 der PKK-Guerilla in Kurdistan angeschlossen. Vier Jahre später, im Oktober 1997, wurde sie auf irakischem Staatsgebiet von Spezialeinheiten der türkischen Armee festgenommen und auf türkisches Staatsgebiet verschleppt. Eva Juhnke war unbewaffnet und in einem gesundheitlich stark angeschlagenen Zustand. Sie wurde zunächst isoliert und u.a. einer „Jugfräulichkeitsuntersuchung“ unterzogen. Diese übliche frauendiskriminierende Demütigungspraxis der türkischen Justiz fand im Beisein von Soldaten statt.

Im September 1998 wurde Eva Juhnke vom Staatssicherheitsgericht Van - wegen

der damaligen Protestaktionen der politischen Gefangenen gegen die Staatssicherheitsgerichte in Abwesenheit - unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der PKK zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Eva Juhnke sitzt nun seit sechseinhalb Jahren in verschiedenen türkischen Gefängnissen und hat sich immer wieder an Hungerstreiks und Solidaritätsaktionen der politischen Gefangenen beteiligt. Für ihre inzwischen 62-jährige Mutter ist es sehr schwer, sie unter den restriktiven Bedingungen der türkischen Justiz zu besuchen. Trotzdem nimmt sie es mehrmals im Jahr auf sich, die beschwerliche Reise für nur eine Stunde Besuchszeit unter schikanösen Umständen zu unternehmen, um ihre heute 39 Jahre alte Tochter zu sehen. Freunde haben in türkischen Gefängnissen generell überhaupt kein Besuchsrecht, so dass Eva Juhnke keine anderen Besuche erhalten kann. aus diesen Gründen wurde für Eva Juhnke eine Überstellung nach dem Übereinkommen des Europarates beantragt, nach dem Verurteilte die Verbüßung der Freiheitsstrafe in ihrem Heimatland beantragen können. In diesem Fall würde die in der Türkei bereits verbüßte Haftzeit sogar doppelt gezählt, so dass Eva Juhnke nach einer Überstellung auch bald aus dem Knast rauskommen könnte. Es gibt allerdings keine Verpflichtung, dem Überstellungsgesuch stattzugeben.

Die Rote Hilfe kann leider keine finanzielle Unterstützung in dieser Sache leisten, da sie nach ihrer Satzung nur Kosten für die Unterstützung (gegen) Repression außerhalb der BRD übernehmen kann, wenn es sich um „Personen handelt, deren politischer Schwerpunkt in der BRD liegt, oder konkretes Verfolgungsinteresse der BRD-Strafverfolgungsbehörden vorliegt“, was hier nicht der Fall ist. Da auch der Rechtshilfefonds AZADI nur in Repressionsfällen innerhalb der BRD unterstützt, möchten wir deshalb einen extra Spendenaufwurf für Eva Juhnke starten.

Wir bitten um Spenden auf das Konto der Roten Hilfe e.V.

Konto 19 11 00 462, Postbank Dortmund, BLZ 440 100 46, Stichwort: Eva Juhnke



Eva Juhnke (Pfeil) 1999

Europaweite Aktion gegen türkische Linke

In den frühen Morgenstunden des 1. April wurden fast zeitgleich zahlreiche Büros, Wohnungen sowie Kulturhäuser und Zeitungsredaktionen in der Türkei, Italien, Deutschland, Belgien und den Niederlanden von der Polizei gestürmt. Insgesamt 40 Personen sind im Anschluss daran festgenommen worden. Sie befinden sich noch in Polizeigewahrsam. Einer der Verhafteten war nach Polizeiangaben in Düsseldorf gemeldet. Die Aktion richtete sich gegen die linke türkische Gruppierung DHKP-C.

Das Kürzel steht für Revolutionäre Volksbefreiungspartei - Front, eine Organisation, die sich auf die Neue Linke der Türkei bezieht und hauptsächlich in den Elendsvierteln der türkischen Großstädte Unterstützung genossen hat. In den letzten Jahren hat die DHKP/C federführend den schon mehr als 3 Jahre andauernden Hungerstreik von politischen Gefangenen in der Türkei getragen. Dabei sind mittlerweile 110 Menschen gestorben. Ideologisch stützt sich die Organisation auf Marx, Lenin und Che Guevara.

Die DHKP/C gehörte in den 90er Jahren neben der kurdischen Arbeiterpartei PKK zu der zweitgrößten linken Organisation in der Türkei, die neben legaler Massenarbeit auch bewaffnete Aktionen durchführte. Neben der Arbeit in Gewerkschaften und in Stadtteilorganisationen unterhielt sie eigene Guerillaeinheiten. Im letzten Jahr bekannte sich die DHKP/C zu zwei Bombenanschlägen, bei denen es leichten Sachschaden gab. Personen kamen dabei nicht zu Schaden. In Bekennerschreiben wurden die Aktionen als Teil des antiimperialistischen Widerstands gegen den Irakkrieg bezeichnet.

Die DHKP/C wurde nach dem 11. September 2002 auf den Terrorlisten der USA und der EU geführt. Die europaweite Polizeiaktion vom 1. April wird daher in den Medien als Schlag gegen den internationalen Terror bezeichnet.

Menschenrechtsorganisationen kritisieren die Festnahmen als Schlag gegen linke Oppositionelle. Nach Angaben der türkischen Gefangenenhilfsorganisation Tayad sind am 1. April nur Menschen festgenommen worden, die legale politische Arbeit gemacht haben. So befinden sich unter den Verhafteten nach Angaben von Tayad, Journalisten, Mitarbeiter eines Istanbulers Radiosenders und Musiker der bekannten linken Band Grup Yorum. In Amsterdam wurde das Büro des Pressebüros Özgürlük durchsucht. Dabei wurden zahlreiche Computer beschlagnahmt sowie eine Person festgenommen. Im italienischen Perugia wurden neben 4 Menschen aus der Türkei auch drei italienische Aktivisten der linken Antiimperialistischen Koordination (AIK) festgenommen. In einer Pressemitteilung der AIK wird vermutet, dass auch ihnen Un-

terstützung der DHKP/C vorgeworfen wurde. Gleichzeitig bezeichnet die AIK die Polizeiaktion als Repression gegen aktive Kritiker des Irakkrieges. In den letzten Monaten war die AIK mit der auch unter Kriegsgegnern sehr umstrittenen Kampagne „10 Euro für den irakischen Widerstand“ hervor getreten.

Die Proteste gegen die Festnahmen haben zugenommen. Mittlerweile ist ein Teil der italienischen Gefangenen in den Hungerstreik getreten.

Peter Nowak

Angriffe gegen demokratische Einrichtungen und Razzien in Wohnungen in den Niederlanden, Deutschland, Belgien, Italien und Türkei

In den Morgenstunden (gegen 05.00 Uhr) des 1. April 2004 wurde das Pressebüro Özgürlük, dass sich in den Niederlanden mit der Anschrift Witte De Withstraat 160 1057 ZK Amsterdam befindet, von Polizisten gestürmt, indem dabei die Tür aufgebrochen wurde. Während der Razzia, die von 05.00 bis 10.30 Uhr dauerte, wurde eine Person in Gewahrsam genommen. Diese Person befindet sich noch in Gewahrsam. Bei der Razzia wurden alle möglichen Geräte, Computer, usw. beschlagnahmt. Als Vorwand für die Razzia wurde die mittlerweile klassische Begründung „der vermutlichen Beziehung zu einer illegalen Organisation“ genannt.

Den Informationen zufolge, die wir er-

halten haben, wurde mit der selben Begründung das Halkin Sesi-TV und Radio in Brüssel/ Belgien gestürmt, und eine Person in Gewahrsam genommen.

Desweiteren wurden zur selben Zeit mehrere Wohnungen in den Niederlanden, Belgien, Italien und Deutschland gestürmt.

Darüber hinaus gab es zeitgleich zu diesen Stürmungen Razzien gegen demokratische Einrichtungen in der Türkei. Bei diesen Razzien wurden dutzende Personen in Gewahrsam genommen.

Razzien gegen Einrichtungen in der Türkei:

Halkin Hukuk Bürosu (Rechtsbüro des Volkes)

RA Behic Asci, Mehmet Dogan und Kudret Sarigül

TAYAD (Verein zur Unterstützung von Gefangenen)

Eylül İscan, Hasibe Coban, Yasar Simsek, Özkan Özgür, Hidir Gül, İsmail Kara, Gülten Özdemir Tekin, Yurdu Ali Tokgün und Talat Sanli

Ekmek ve Adalet Istanbul („Brot und Gerechtigkeit“ Istanbul)

Yilmaz Kaya, Alp Yarbass, Yalcin Akar, Seval Yaprak, Mesude Pehlivan, Yeliz Türkmen und Gülizar Kesici

Temel Haklar ve Özgürlükler Dernegi (Verein für grundlegende Rechte und Freiheiten)

Sadi Naci Özpolat, Cayan Güner, Beütül Gökoglu, Kevser Mizrak, Nuray Ögrener, Yüksel Almaz und Gülsen Salman

İdil Kulturzentrum

Devrim Koc vom Anadolu'nun Sesi Radyosu, Gamze Mimaroglu, Chefredakteurin der Zeitschrift TAVIR, Grup Yorum Mitglieder Ali Araci und Beril Güzel, Eylem Yerli, Mitarbeiterin im İdil Cafe

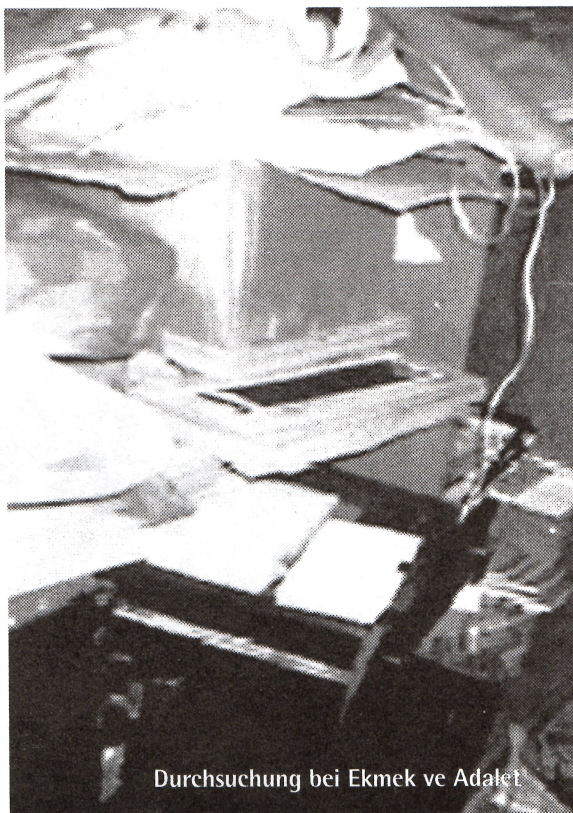
Istanbuler Jugendverein

Mehmet Yayla, Perihan Demirkiran, Meryem Özcelik, Ferhat Özdemir, Derya Güler und Serkan Onur Yilmaz

Wir protestieren gegen diese Angriffe, die mit den Demagogien über Terrorismus und unter dem Namen Operation gegen eine verbotene Organisation geführt werden und sich gegen demokratische Einrichtungen richten.

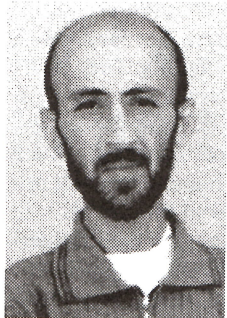
Alle diejenigen, die von sich behaupten, sie seien für die Rechte und Freiheiten des Menschen und für Meinungs- und Pressefreiheit, rufen wir dazu auf, sich gegen die Angriffe zu stellen, die sich in der Türkei und in Europa gegen legale, demokratische Einrichtungen richten.

Ekmek ve Adalet/ Auslandsvertretung, 1. April 2004



Durchsuchung bei Ekmek ve Adalet

Isolation fordert weiteres Leben: Ümit Günger



In den Gefängnissen geht der Widerstand mit aller Entschlossenheit weiter. Gestern, den 30. März 2004 fiel Ümit GÜNGER! Damit erhöht sich die Zahl der im Todesfasten gefallenen Menschen auf 110.

Ümit GÖNGER befand sich vor dem Massaker vom 19.-22. Dezember im Ümraniye Gefängnis. Nach dem Massaker brachte man ihn ins F-Typ Gefängnis von Tekirdag, wo er sich der 9. Todesfastengruppe anschloss. Nachdem er zwangsernährt wurde, unterbrach er sein Todesfasten, setzte ihn aber später wieder fort. Vor einigen Tagen brachte man ihn wieder zur Zwangsernährung in das Staatskrankenhaus von Tekirdag. Dort setzte er aus Protest gegen die Isolation und die Zensur seinen Körper in Brand.

Im Krankenhaus von Bayrampasa, wo er am 29. März nach seiner Aktion hinverlegt wurde, fiel er am 30. März 2004.

351 Wernicke-Korsakoff-Patienten wurden erneut ins Gefängnis gesteckt

In einem Haus, in dem ehemalige Gefangene, die an Wernicke-Korsakoff erkrankt sind, ihr Leben weiterführen, wurde eine Operation durchgeführt, um den Lebenswiderstand dieser Menschen zu brechen.

Cumhuriyet, 18.03.2004. Der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins (IHD) in Ankara, Süleyman Turan, berichtete, dass 351 Gefangene, die aufgrund der Erkrankung an Wernicke-Korsakoff aus der Haft entlassen wurden, nun mit der Begründung, ihr Zustand hätte sich gebessert, erneut ins Gefängnis gebracht wurden. In einer schriftlichen Presseerklärung gab Turan an, dass die Gesundheitsprobleme in den Gefängnissen der Öffentlichkeit vorenthalten werden sollen, indem das Gesuch des IHD, eine Gesundheitskontrolle in den Gefängnissen durchzuführen abgelehnt wird. Turan teilte mit, dass die 351 Gefangenen, die man aufgrund ihrer Erkrankung an Wernicke-Korsakoff freiließ, mit der Begründung, ihr Zustand hätte sich gebessert, erneut inhaftiert wurden, und fuhr fort: In einem Haus, in dem ehemalige Gefangene,

die an Wernicke-Korsakoff erkrankt sind, ihr Leben weiterführen, wurde eine Operation durchgeführt, um den Lebenswiderstand dieser Menschen zu brechen.

Mit der Begründung, seinen Militärdienst nicht angetreten zu haben, wird der schwerkranke Wernicke-Korsakoff-Patient Ömer Ünal, der sich in dem Haus befand, seit zwei Tagen in der Armeeabteilung festgehalten. In der Erklärung werden folgende Personen aufgezählt, die sich in verschiedenen Gefängnissen unter Isolationshaft befinden: Erol Zavar und Hüseyin Yildirim im Tekirdag F-Typ Gefängnis, Sema Türkdogan im Bakirköy Frauengefangenenhaus, Filiz Gülkokuur im Gebze Gefängnis, Sermin Dorak im Kürkçüler Gefängnis, Sevinc Sahingöz im Kırşehir Gefängnis.

Protestnote gegen die Menschenrechtsverletzungen und Morde des türkischen Staates

Wir protestieren gegen die Menschenrechtsverletzungen und Ermordungen des türkischen Staates.

In der Türkei, die ständig ihre Gesetze ändert, um der EU beitreten zu können, nehmen Entführungen, Folter, Isolation und Ermordungen erneut drastisch zu.

an und versuchen, die sich entwickelnde gesellschaftliche Opposition zu unterdrücken. Die praktische Realität des Landes zeigt, dass die Gesetzesänderungen nur Schönfärberei sind. Die Folter, die früher in der Regel in Polizeiwachen und Gefängnissen angewendet wurde, wird inzwischen auf offener Straße praktiziert. Ein Beispiel dafür ist, dass der Mitarbeiter der Zeitung Özgür Gündem am 15. Februar 2004 in Adana im Viertel Barbaros von der Polizei mit Schlagstöcken und Knüppeln brutal zusammengeschlagen und auf der Straße liegen gelassen wurde. Sein Tod wurde in Kauf genommen.

Die Angriffe und Festnahmen gegen Menschen, die Protestaktionen gegen die menschenunwürdigen Haftbedingungen und die massiven Angriffe und Festnahmen von Unterstützern der demokratischen Wählervereinigung (ESP) während des Wahlkampfs zeigen, dass der türkische Staat seine faschistischen Angriffe gegen Oppositionelle fortsetzt und die demokratischen Rechte und Freiheiten nicht duldet.

Eine Aufarbeitung der faschistischen Vergangenheit ist bis heute nicht erfolgt. Die Familienangehörigen von Hunderten von Verschwundenen durch den türkischen Staat warten noch immer auf Klärung der Schicksale ihrer Angehörigen und die Verurteilung der Verantwortlichen.

Entführungen und Verschwindenlassen wendet der türkische Staat bis heute methodisch an. Die Entführung von Yusuf Dalimizrak, einem Aktivisten von DEHAP, aus



Bremen, 20. März

Den Berichten des türkischen Menschenrechtsvereins IHD ist zu entnehmen, dass Menschenrechtsverletzung nicht abnehmen, sondern ständig zunehmen. Die Sicherheitskräfte greifen jegliche demokratische Aktivität wie Demonstrationen, Presseerklärungen und sonstige Proteste brutal

der Kreisstadt Şehit Kamil, in der Nacht des 21. Februar 04 aus seiner Wohnung und die gegen ihn ausgesprochene Morddrohung sowie der Entführungsversuch von Murat Ergün, Student einer Universität in Izmir, belegen, dass diese Methode in letzter Zeit gegen oppositionelle und revolutionäre

Kräfte verstärkt angewendet wird. Am 3. März wurde die Mitarbeiterin von EKB (Bund der Werktätigen Frauen) Derya Ak-sakkali, von maskierten Polizisten in einem roten Auto der Marke Hyundai entführt, als sie nach einer Behandlung das Krankenhaus Haydarpasa Nümune verließ. Sie wurde gefoltert und aufgefordert, für die Polizei zu arbeiten. Ihr Körper wurde an über 20 Stellen mit Zigaretten verbrannt, sie wurde mit Vergewaltigung bedroht und sexuell belästigt. Am 2. März in Tokat, am 3. März in Istanbul und am 8. März in Dersim wurden Menschen von staatlichen Organen hingerichtet.

Demokratische Rechte existieren nur auf dem Papier, in Wirklichkeit hat sich im türkischen Unrechtsstaat nichts verändert.

ICAD protestiert mit aller Schärfe gegen die in letzter Zeit immer mehr zunehmenden Menschenrechtsverletzungen in der Türkei. Wir verlangen, dass die Vertreter des türkischen Staates, die verantwortlich für Tausende von unter Haft Verschwunden sind, zur Rechenschaft gezogen werden. Eine Demokratie ohne Aufarbeitung der Vergangenheit wird nicht erfolgreich sein.

12. März 2004

ICAD INTERNATIONAL OFFICE, Chrysan-
der Str. 12, 21029 Hamburg,

**Griechenland: Kurdischer Aktivist soll
von Griechenland nach Deutschland
ausgeliefert werden!**

Nein zur Auslieferung von Sinan Bozkurt!

Am Dienstag, den 30.3.2004, wurde im Bezirk Drama (nordöstlich von Saloniki) der kurdische Aktivist Sinan Bozkurt (Tailan) unter der Anschuldigung der Beihilfe zum illegalen Grenzübertritt von der (griechischen) Grenzpolizei verhaftet.

Er ist Mitglied der Leitung des Zentrums für Aktive und Politische Solidarität und des Solidaritätskomitees für Hungerstreikende und Politische Gefangene in der Türkei und in Kurdistan.

Er lebt seit 7 Jahren in Griechenland und ist in der Solidaritätsbewegung mit den Kämpfern in der Türkei und in Kurdistan tätig.

Er fuhr nach Drama, um dort (aus der Türkei kommende ehemalige) Teilnehmer an einem Hungerstreik abzuholen, die, bereits in Lebensgefahr, aus den „Weißen Zellen“ (den Isolationszellen des türkischen Staates) freigelassen worden waren.

Ihm droht nun die Auslieferung nach Deutschland auf der Grundlage des Schengener Abkommens und eines entsprechenden Antrags der deutschen Behörden, die ihm die Beteiligung an Bombenattentaten und bewaffneten Aktionen vorwerfen

(Bozkurt ist deutscher Staatsbürger).

Damit wird Griechenland wieder einmal daran erinnert, es möge seine Politik an dem Dogma des „Antiterrorkampfes“ ausrichten, das die politischen Führer und seine politischen Verbündeten in Europa gegen militante oppositionelle Kräfte und Widerstandsbewegungen eingesetzt haben.

Wir fordern, dass Sinan Bozkurt nicht nach Deutschland ausgeliefert wird.

Er muss sofort freigelassen werden. Den politischen Aktivisten, die im Anschluss an ein Todesfasten nach Griechenland gekommen sind, muss politisches Asyl gewährt werden!

Solidarität ist unsere Waffe!

*Sispírosi enandía stin kratiké tromokratía
(Versammlung gegen Staatsterror)*

*Quelle: Indymedia Athen, Übersetzung bei
Indymedia D*

2500 Menschen demonstrierten in Athen gegen die Abschiebung

Im Rahmen der europaweiten Repressionswelle seit dem 1. April soll ein aus der Türkei stammender Deutscher aus Griechenland an die deutschen Verfolgungsbehörden ausgeliefert werden. Sein Verbrechen: internationale Solidarität. Deshalb haben

sich in Griechenland zahllose Gruppen zusammengeschlossen, um die Freilassung Sinan Bozkurts zu erwirken.

Etwa 40 Gruppen haben sich in Griechenland zu einer „Koordination von Gruppen und Organisationen zur Freilassung und gegen die Auslieferung von Sinan Bozkurt“ zusammengeschlossen, wie die kommunistische Tageszeitung Rizospastis laut indymedia athen berichtet. Sinan Bozkurt („Tailan“) ist Bauarbeiter, lebt seit 7 Jahren in Griechenland und ist aktiv in der Solidaritätsbewegung mit den Hungerstreikenden in der Türkei und den politischen Gefangenen. Im Rahmen der europaweiten Kriminalisierung von Aktivisten der DHKC verlangt der deutsche Generalbundesanwalt seine Auslieferung. Bozkurt ist deutscher Staatsbürger.

Die griechische Linke hat beispielhaft mobilisiert. Auch mehrere Gewerkschaften, darunter die zwei großen, ADEDY und GS-EE, sowie im besonderen Lehrgewerkschaften, sind solidarisch, darunter seine eigenen Gewerkschaft, die Bauarbeitergewerkschaft.

Am Mittwoch den 7.4. demonstrierten ca. 2500 Menschen in Athen gegen die Abschiebung.

Quelle: Indymedia

In wenigen Wochen sechzigtausend Gefangene ermordet

**Veranstaltung zur Repression und
politische Gefangene im Iran wird
von der deutschen Linken weitge-
hend ignoriert**

Manchmal konnte Sarah Mostal (Namen auf Wunsch, der Betroffenen verändert) nicht weitersprechen, weil sie die Erinnerungen überwältigten. Die in Hamburg lebende Iranerin musste in 80er Jahren als linke politische Aktivistin 8 Jahre in den Kerkern des Mullah-Regimes zubringen. Im Rahmen der Informationsreihe zum 18. März, den Internationalen Kampftag für die Freilassung der politischen Gefangenen, berichtete sie in Berlin über die tägliche Folter und die ständigen Schikanen, denen politische Gefangene in iranischen Kerkern ausgesetzt sind. „Am schlimmsten aber war es, hilflos mit ansehen zu müssen, wie die engsten Freunde ermordet wurden“, erzählt die ehemalige Gefangene. Während des Krieges mit dem Irak verübte das iranische Regime ein weitgehend unbekanntes Massaker an der Opposition. Über sechzigtausend Menschen wurden in wenigen Wochen ermordet. Oft wurden politische Gefangene nach der Verbüßung ihrer Freiheitsstrafen psychischem Terror unterzogen. Sie sollten öffentlich erklären, dass sie ihrer politischen Überzeugung abschwören

und durch die Haft zu Anhängern der Regierung und zu überzeugten Moslems geworden sind. Wer sich weigerte, musste mit dem Tod rechnen. Manchmal wurden die GenossInnen noch für einige Wochen kurzzeitig entlassen. Das Kalkül des Staates bestand darin, dass die Verwandten der GenossInnen eingreifen würden. Oft geschah das auch. Familien zwangen ihre politisch aktiven Kinder mit Gewalt, ihren politischen Überzeugungen abzuweichen, aus Angst vor dem Tod ihrer Verwandten und eigenen Repressalien. Denn auch die Verwandten standen im Fadenkreuz des Staates. Sie wurde mit Haft und Schlimmerem bedroht, wenn die kurzfristig freigelassenen Gefangenen nicht zurückkehren sollten. Doch viele Verwandte ließen sich trotzdem nicht einschüchtern, versteckten ehemalige Gefangenen oder halfen ihnen, unterzutauchen und das Land zu verlassen.

Ein beeindruckender Film zeigte die Folgen der flächendeckenden Repression. Eine ganze Generation von politisch aktiven Menschen wurde ausgelöscht. Ihre überlebenden FreundInnen und GenossInnen sind bis heute weitgehend traumatisiert. Erst nach Jahren können sie in dem Film über das Erlebte sprechen. Der Film zeigte auch den Aufbruch, der es im Iran nach dem Sturz des Schah-Regimes gab. Riesige Frauendemonstrationen forderten Gleichberechtigung und Sozialismus. ArbeiterInnen besetzten Fabriken und forderten ihre Rechte. Mit dem Machtantritt der Mullahs wurde diese Bewegung verfolgt und zerschlagen.

Die Massenrepression hat in der interna-

Berlin: Veranstaltungsreihe zum Tag der politischen Gefangenen am 18.03.

Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit!

Zwischen dem 3. und dem 20.3.04 haben wir im Rahmen des Kampftages für die politischen Gefangenen, dem 18. März, eine Veranstaltungsreihe organisiert, die sich mit Repression und politischer Gefangenschaft weltweit beschäftigte.

Der 18. März hat als internationaler Kampftag für die Freilassung der politischen Gefangenen eine lange Tradition in der revolutionären Bewegung. Entstanden in den Tagen der Pariser Kommune (1871) hat die Internationale Rote Hilfe diesen Tag in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts weitgehend durchgesetzt. Die durch Faschismus und Antikommunismus verdrängte Tradition wurde Mitte der 90er Jahre wieder aufgegriffen. Wir wollten auch 2004 mit vielfältigen Aktionen um den 18. März unsere Solidarität mit den emanzipatorischen politischen Gefangenen weltweit auszudrücken.

Das ist uns mit den Veranstaltungen gelungen, die immer ca. 20-70 BesucherInnen fanden.

Der Auftakt bildete eine Informationsveranstaltung zur Repression gegen Magdeburger Linke. Dort bekundete auch ein ehemaliger Gefangener, wie wichtig Solidarität für die Menschen im Knast ist. In einer weiteren Veranstaltung informierten der Rechtsanwalt Fredrik Roggan und der Bürgerrechtler Heiner Busch über den stetigen Abbau von BürgerInnenrechten. Eine Genossin berichtete über Abhöraktionen gegen Berliner Linke.

Der internationalen Aspekt der Veranstaltungsreihe lag in diesem Jahr bei Informationen über Repression und politische Gefangenschaft im Iran und in Kolumbien/Bolivien. Die Genossinnen aus dem Iran berichteten sehr beeindruckend, wie in dem Mullahstaat jede politische Opposition im Mullahstaat zerschlagen wurde und wird. Die gute iranisch-deutsche Zusammenarbeit wurde dabei ebenfalls angesprochen.

Am 18. März protestierten ca. 35 Menschen spontan gegen die harten Urteile (drei Jahre und 9 Monate Haft für drei GenossInnen) im RZ-Prozess am Knast Moabit.

Wir haben mit der Veranstaltungsreihe die Kontinuität linker Arbeit gegen Repression

und Gefangenschaft fortgesetzt. Das ist umso bedeutender, als die Aktivitäten zum 18. März in diesem Jahr insgesamt zurückgegangen sind. Anders als in den vergangenen Jahren ist dieses Mal auch keine Sonderbeilage der Roten Hilfe zum 18. März erschienen. Die Veranstaltungen haben gezeigt, wie wichtig diese Antirepressionsarbeit ist. Allerdings ist uns auch bewusst, dass wir nur erfolgreich sein können, wenn es sich nicht um eine rein moralische Antirepressionsarbeit handelt. Die Menschen, die in den aktuell laufenden Kämpfen mit Repression im unterschiedlichen Ausmaß konfrontiert sind, müssen den 18. März auch zu ihren Kampftagen machen. Das trifft für TeilnehmerInnen an den Protesten gegen die kapitalistische Globalisierung ebenso zu wie für studentische AktivistInnen, die bei den Studierendenstreiks mit Verfahren überzogen werden. Das trifft aber auch für Kämpfe von ArbeiterInnen und Erwerbslosen zu, gegen die sich Sicherheitsgesetze präventiv richten. Schließlich war der 18. März von der revolutionären ArbeiterInnenbewegung etabliert worden. Diesen Tag in diesen Kämpfen zu verankern, wird auch in der nächsten Zeit eine wichtige Aufgabe sein, an der wir arbeiten.

*Vorbereitungskreis 18. März Berlin
Infos unter: www.interkomm.tk*

tionalen Öffentlichkeit wenig Resonanz gefunden.

Die verborgene Repression

Das liegt nach Ansicht der iranischen GenossInnen auch an der weltpolitischen Konstellation. Während die USA den Iran zur Achse des Bösen zählen, unterhalten die EU-Staaten, allen voran Deutschland, gute Beziehungen zu dem Ölland Iran. In diesen beschönigend ‚konstruktiver Dialog‘ genannten Beziehungen gibt es natürlich keinen Platz für verfolgte Linke. Die USA wiederum, die mit militanter Rhetorik gegen das Mullah-Regime hetzen, unterstützten reaktionäre monarchistische Gruppen, in denen die GenossInnen durchaus eine Gefahr sehen. Zudem gab es jenseits aller nach außen hervorgehobenen gegenseitigen Polemik durchaus immer Kontakte zwischen den Herrschenden in den USA und dem Iran. Schon 1980 schafften es die US-Republikaner, die Freilassung der in der US-Botschaft in Teheran fest gehaltenen Geißeln so lange hinauszuschieben, dass ihr Kandidat Ronald Reagan und nicht der demokratische Präsidentschaftsbewerber Carter die Wahl gewann. Unter Reagan gab es dann auch gute inoffizielle Kontakte zwischen den reaktionären Mullahs und US-Stellen, die erst durch die sogenannte Iran-Contra-Affäre bekannt geworden. Mit heimlichen Waffenverkäufen an den Iran, der offiziell von den USA boykottiert wurde, wurden die Contras bezahlt, die gegen das sandinistische Nicaragua kämpften und dort Schulen und Krankenstationen in die Luft sprengten sowie LehrerInnen, Ärztin-

nen, ja alle umbrachten, die sich für die sandinistische Revolution engagierten. Diese Arbeitsteilung gab es auch schon in Afghanistan. Islamistische Banden, die Keimform jener Gruppierungen, die wir heute als das Netzwerk El Quaida kennen, ermordeten Frauen ohne Schleier, LehrerInnen und ÄrztInnen sowie LandarbeiterInnen, die das von der Regierung aufgeteilte Land der GroßgrundbesitzerInnen nutzten. Auch sie bekamen die Waffen aus den USA, denn offiziell ging es um einen Krieg gegen die kommunistische Regierung in Kabul und ihre Unterstützer in Moskau.

Immer wieder zeigt sich, dass sich im Kampf gegen emanzipatorische Politik die Konterrevolution gut versteht, ob sie nun ein islamistisch-kapitalistisches Gesicht wie im Iran oder ein christlich-kapitalistisches Gesicht trägt wie in den USA. Doch manche Linke meinen immer wieder, sich auf eine Seite der herrschenden Unterdrücker schlagen zu müssen. Die einen erklären Bush zum „Mann des Friedens“ und laufen mit US-Fahnen auf linken Demos rum (Teile der Antideutschen), die anderen wollen jetzt nicht den Iran kritisieren, weil er doch angeblich im Fadenkreuz der USA stünde. Beiden ist gemeinsam, dass sie die linken und emanzipatorischen Kräfte im Stich lassen oder instrumentalisieren.

„Wir wurden von der Linken im Stich gelassen“

Das erklärten auch die iranischen GenossInnen bei der Veranstaltung. Wenn sie gegen die gute Zusammenarbeit zwischen dem Mullah-Regime und der deutschen Re-

gierung demonstrieren, bleiben sie weitgehend unter sich. Auch auf der Veranstaltung zeigte sich, wie die Linke in Deutschland die GenossInnen im Stich lässt. Ihre TeilnehmerInnenzahl war eng begrenzt. GenossInnen, die mit ihrem Leben und Kampf für ihre Ideale eintreten, sind nicht in Mode. Schließlich geht dabei immer auch um die eigene Konsequenz.

Um so größer ist die Verantwortung der kleinen internationalistischen Linken. Alle, die die Veranstaltung besuchten, haben den iranischen GenossInnen versprochen, dass die Zusammenarbeit fortgesetzt und verstärkt werden wird.

Lesende Arbeiter



Gelöbnix-Prozess endet mit Freispruch

Nach 90 Minuten endete am 8.4. vor dem Amtsgericht Hamburg der Prozess gegen den Fahrer des Lautsprecherwagens der Demonstration gegen das öffentliche Gelöbnis am 16. März 2003 auf dem Hamburger Rathausmarkt, dem „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte in einem besonders schweren Fall“, „versuchte gefährliche Körperverletzung“ und „gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr“ vorgeworfen wurde mit einem Freispruch in allen Anklagepunkten. Nach der Anhörung des Hauptbelastungszeugen, einem Hamburger Bereitschaftspolizisten, beantragte die Staatsanwaltschaft Freispruch.

In einer Erklärung zu Prozessanfang stellte der Fahrer des Lautsprecherwagens klar, dass er beim Eindringen der Polizei in die Demonstration, die sich zu diesem Zeitpunkt auf Höhe der Kunsthalle befand, den Wagen nicht mehr bewegt hat. Die Anzeige des Bereitschaftspolizisten, der hierbei die Frontscheibe des Wagens zertrümmerte, sehe er im Kontext eines Gegenangriffes der Polizei, um sich vor einer straf-

rechtlichen Verfolgung ihres Einsatzes zu schützen.

Bei der anschließenden Befragung des Bereitschaftspolizisten wurde klar, dass es sich bei der Entfernung, aus der Udo S. den Beamten angefahren haben soll, nicht um eine größere Distanz handeln könne sondern nur wenige Meter. Zum Ende der Befragung des Hauptbelastungszeugen legte die Verteidigung Fotos vor, woraufhin sich bei Staatsanwaltschaft, Verteidigung und bei der Richterin in Einvernehmen darauf geeinigt wurde, den Angeklagten freizusprechen.

Die ProzessbeobachterInnen, die sich in übervollen kleinen Raum des Amtsgerichtes begaben, mussten sich strengen Sicherheitskontrollen mit u.a. Metalldetektoren unterziehen. Vor Beginn des Prozesses sorgte die Polizei noch für einen Einsatz mit mindestens drei Wannen und einem Streifenwagen vor dem Gericht, wo sie eine unangemeldete Demonstration vermutete. Auch im Gericht waren etwa zwei Dutzend Einsatzkräfte sowie ein Absperrgitter anwesend. (Quelle: Indymedia)

Giessen

Polizeidokumentation erschienen!

Über 20 Fälle von Erfindungen irgendwelcher Straftaten, viele Erfindungen von Tatbeteiligungen, etliche rechtswidrige Angriffe auf Demonstrationen, ebenso illegale Platzverweise, Hausverbote, Festnahmen, DNA-Tests und Hausdurchsuchungen, Einschüchterung und Gewalt, Hetze und Schüren sozialrassistischer Gewalt sind in einer 50-seitigen „Dokumentation von Fälschungen, Erfindungen und Hetze durch Presse, Politik, Polizei und Justiz in und um Giessen“ zusammengetragen und nun veröffentlicht worden.

Mit dieser Dokumentation soll der politische Kampf gegen Repressionsstrukturen argumentativ unterfüttert und erweitert werden. Etliche Aktivitäten sind in den nächsten Tagen vorgesehen.

Zur Dokumentation:

In der vorgelegten „Dokumentation von Fälschungen, Erfindungen und Hetze durch Presse, Politik, Polizei und Justiz in und um

Giessen“ zeigen politische Gruppen aus Stadt und Kreis Giessen ihre negativen Erfahrungen mit der regionalen Politik, Polizei, Presse und Justiz auf. Der Umgang wurde als Kriminalisierung und Ausgrenzung nicht nur empfunden, sondern wird als Unterdrückung von Kritik und Opposition geendet. Die dabei verwendeten Mittel stellen einen Machtmissbrauch und in vielen Fällen auch den Bruch geltender Gesetze dar. Dieser Zustand hält schon seit längerer Zeit an und wirft den Verdacht von Systematik auf. Die Dokumentation ist eine Ergänzung zur überregionalen Berichterstattung über Polizeigewalt, Vorverurteilungen und Rechtsbeugung die immer häufiger ihren Weg in die Öffentlichkeit finden. Die skandalträchtigen Einzelfälle könnten den Eindruck hervorrufen, dass Körperverletzungen, Totschlag auf Polizeistationen in Abschiebeverfahren, Drohungen und Willkür die Ausnahmen sind in einem sonst rechtstaatlich geordneten System. Der Blick auf den Alltag lokaler und regionaler Repressionsbehörden die häufig undokumentiert bleiben zeigt dagegen, dass der Machtmissbrauch anscheinend die Regel ist.

Besonders erschreckend ist zudem die anwachsende Einigkeit innerhalb „Giessener Eliten“, die Formen von Kriminalisierung, Diskriminierung und direkter Repression zu vertuschen oder gar zu unterstützen. Erst das Schweigen in Politik, Medien und gesellschaftlichen Organisationen oder diese verschärfte Diffamierung alternativer politischer Gruppen durch einzelne RedakteurInnen und Vereins- bzw. ParteifunktionärInnen gibt denen, die Recht brechen und Macht ausnutzen, die Sicherheit, ihr Verhalten „gefährlos“ durchführen zu können.

Insofern wird selbst der Umgang mit der Dokumentation ein interessantes Experiment. Im Interesse derer, die innerhalb des bestehenden Filzes dominanter Seilschaften agieren, dürfte das Verschweigen der Studie stehen. Wir werden sehen, ob die Belege und Berichte über Rechtsbruch, Gewalttätigkeiten und Meinungsunterdrückung in und um Giessen selbst wiederum vertuscht werden oder das Schweigen und Ausgrenzen aufweichen können. Giessen, am 25.2.2004 Die AutorInnen der Dokumentation

Die Doku ist als Kurz- und Langfassung auch im Netz:

www.polizeidoku-giessen.de.vu

http://www.projektwerkstatt.de/antirepression/download/einladung1_3_04.pdf



E-Mail: gnn-hhsh@hansenet.de

Das Angehörigen Info erscheint vierwöchentlich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m. b. H., Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg. V.i.S.d.P.: Christiane Schneider. Redaktionsanschrift u. Bestellungen: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 HH, Tel.: (040)43188820, Fax: (040) 43188821, E-Mail: gnn-hhsh@hansenet.de Herausgeber: Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postfach 1205, 55002 Mainz, Fax: (0 61 31) 60 42

32. – Einzelpreis: 1,55 Euro. Ein Jahresabonnement kostet 29,90 Euro (Förderabonnement 33,20 Euro), Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt. Bei Bestellung erhalten Sie eine Rechnung bzw. ein Formular für eine Einzugsvollmacht, die Sie uns bitte zurückschicken. Verlagsskonto: Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Kontonummer: 25265-201. Herstellung und Drucklegung: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg

m.b.H. Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. Spendenkonto der Angehörigen: Sonderkonto Kiener, Landesbank Baden-Württemberg, BLZ 600 501 01, Konto-Nr. 54 54 19 4. Redaktionsschluss für Nr. 285: So, 2.5.2004